

Editorial

Liebe Leser*innen,

die aktuelle Nummer der Tierra y Libertad setzt sich schwerpunktmäßig mit dem weltweiten - äußerst interessanten, heterogenen, kämpferischen und Mut machenden - Frauen*treffen auseinander, das im März auf Einladung der EZLN-Frauen im autonomen Verwaltungssitz von Morelia in Chiapas, Mexiko, stattfand.



Ein zweiter Schwerpunkt ist die Nachlese zu den Wahlen in Mexiko vom 1. Juli. Auch wenn uns als partei-unabhängige Linke der "Wahlzirkus" generell wenig interessiert, wäre es in diesem Moment kurzsichtig, die aktuellen Prozesse nicht zu analysieren, denn immer wieder ist es den Eliten gelungen, rebellische Gruppen in ihren Apparat "aufzusaugen" und damit tatsächliche strukturelle Veränderungen zu verhindern. Wir dokumentieren daher die Einschätzung der EZLN zum Wahlsieg des "Linkskandidaten" Andrés Manuel López Obrador (Amlo) von der Partei Morena (Bewegung der nationalen Erneuerung), die unmissverständlich verdeutlicht, dass es den Zapatistas weiterhin um autonome Emanzipation von unten links und nicht um einen wie-auch-immer-geschminkten Elitenwechsel und paternalistische Politik von oben geht. Darüber hinaus diskutieren wir kritisch, ob es in Mexiko tatsächlich einen - von vielen Medien diagnostizierten - "Linksruck" geben könnte und inwiefern die zu erwartende neoliberal-sozialdemokratische Praxis nicht doch eine Fortsetzung der bisherigen Politik bedeutet. Wir fragen uns, ob es tatsächlich Verbesserungen für die marginalisierten Bevölkerungsmehrheiten geben kann, oder ob die Menschen wieder einmal nur als "Stimmvieh" missbraucht wurden. Wichtig ist uns, die Kampagne und die weiteren Organisationsbestrebungen des pro-zapatistischen Nationalen Indigenen Kongresses CNI und seines indigenen Regierungsrates CIG zu reflektieren.

Zudem geht es uns immer wieder darum, die Einschätzungen und Vorschläge der zapatistischen Basis zu publizieren, daher freuen wir uns, dass wir Interviews mit zwei zapatistischen Kaffeekooperativen führen durften, die sich nach großen Schwierigkeiten wegen schwerster Pflanzenkrankheiten auf ihren Kaffeefeldern nun wieder im Aufwind befinden.

Darüber hinaus richtet sich unser Blick wie in jeder Ausgabe der "Tyl", wie wir unsere Zeitschrift liebevoll nennen, auf Missstände, aber vor allem auch auf Widerstände sowie konstruktive solidarische und ökologische Projekte in mehreren Teilen der Welt, darunter Indonesien, Nicaragua, Honduras, Guatemala, Kurdistan und Deutschland. Wir stellen in diesem Sinne auch in dieser Ausgabe eine große Bandbreite emanzipatorischer Kämpfe vor und wünschen eine spannende und motivierende Lektüre!

¡Viva la rebelión!

Euer Redaktionskollektiv der Tierra y Libertad Nr. 79

PS: Wir danken allen Autor*innen, Übersetzer*innen, Unterstützer*innen und Fotograf*innen herzlich für ihre Arbeit!

PPS: Eine Bitte: wenn Euch unsere Zeitschrift zusagt, unterstützt uns gerne dabei, sie noch bekannter zu machen!

Inhalt

- 04 "Wir haben beschlossen zu kämpfen!" Begrüßungsrede der EZLN zum internationalen Frauentreffen
- 06 Bericht vom weltweiten Treffen der Frauen, die kämpfen
- 10 Emanzipatorische Kandidatur von CNI/CIG verhindert
- 12 Schmerz und Entschlossenheit: Reflexionstreffen der EZLN zur politischen Situation in Mexiko und der Welt
- 14 Neoliberale Sozialdemokratie vs. antisystemische Autonomie
- 16 EZLN: Es gibt keinen Kontakt zu Amlo
- 18 Interview mit zapatistischen Kaffeeproduzent*innen
- 20 Gesetz zur Plünderung der Biodiversität verabschiedet
- 22 Stimmen aus Mexiko zum Biodiversitätsgesetz
- 23 Wasserprivatisierung per Präsidentenerlass
- 23 Menschenrechtskoordination Mexiko: Statement zum Wahlausgang in Mexiko
- 24 Menschenrechtsarbeit in Guatemala
- 25 Solidaritäts-Netzwerk für Honduras gegründet
- 26 Nicaragua zwischen politischem Aufbruch und Angst
- 29 Buchankündigung: Buen Vivir in Mesoamerika
- 30 Efrín: Krieg. Besatzung. Widerstand.
- 32 Indonesien: Widerstand gegen HeidelbergCement
- 34 Solidarische Landwirtschaft: „Das funktioniert!“
- 36 Repressionen im Wendland und gegen die kurdische Bewegung
- 38 Rheinmetall entwaffnen - Krieg beginnt hier

Impressum

Herausgeber*in: Redaktionskollektiv - Ya-Basta-Netz

Kontakt zur Redaktion: landundfreiheit@riseup.net

Postanschrift:

Tierra y Libertad
c/o Unrast Verlag
Fuggerstraße 13a
48165 Münster

V.i.S.d.P.: C. Ramona

Auflage: 2.300

Cover-Artwork: Mo & Manu / Rückseite: Manu

Vertrieb:

abolandundfreiheit@riseup.net

Homepage:

www.tierra-y-libertad.de

(dort gibt es auch ein Online-Archiv)

Spendenvorschlag bei

Bestellungen:

Einzelexemplar: 2,50 Euro

5 Exemplare: 5,- Euro

10 Exemplare: 7,- Euro

20 Exemplare: 12,- Euro

50 Exemplare: 20,- Euro

I. Internationales, politisches, künstlerisches, sportliches und kulturelles Treffen der Frauen, die kämpfen

"Wir haben beschlossen zu kämpfen"

Kommuniqué der Frauen der EZLN



8. März 2018. Caracol Morelia der Zone Tzots Choj.

Schwestern und Compañeras, die uns besuchen: Danke an alle, die hier sind, bei diesem ersten Internationalen Treffen der Frauen, die kämpfen. Danke, dass Ihr die Anstrengung unternommen habt, aus allen Welten in diese Ecke, in der wir leben, zu kommen. Wir wissen sehr wohl, dass es nicht leicht war, hierher zu kommen und vielleicht konnten viele Frauen, die kämpfen, nicht zu diesem Treffen kommen. Mein Name ist Insurgenta Erika. Wir nennen uns Insurgentas, wenn wir nicht als Individuen sprechen, sondern als Kollektiv. Ich bin aufständische Kapitänin der Infanterie und mich begleiten andere Compañeras Insurgentas und Milicianas verschiedener Grade. [...]

Schwestern und Compañeras: Unser Wort ist kollektiv, deshalb sind meine Compañeras mit mir hier. Es ist meine Aufgabe, dies vorzulesen, aber über diese Worte haben wir kollektiv entschieden, mit allen Compañeras, die Organisatorinnen und Koordinatorinnen dieses Treffens sind.

Ich selbst arbeitete vor dem Aufstand als Hausangestellte in der Stadt, dann wuchs ich im zapatistischen Widerstand und in der Rebellion unserer Großmütter, Mütter und großen Schwestern auf. Genauso sehe ich die Situation in unseren Gemeinden vor dem Kampf, eine mit Worten sehr schwer zu beschreibende Situation, und noch schwieriger zu erleben, zu sehen, wie Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Ältere an heilbaren Krankheiten starben. Und all das aufgrund fehlender Gesundheitsfürsorge, guter Ernährung, guter Bildung.

Aber wir starben auch, weil wir Frauen sind, und wir starben mehr. Es gab keine Krankenhäuser und wo es welche gab, waren sie weit weg. Und die Ärzte der schlechten Regierung haben uns nicht behandelt, weil wir kein Spanisch

sprechen und weil wir kein Geld haben.

In dem Haus, in dem ich als Angestellte arbeitete, erhielt ich keinen Lohn, ich sprach kein Spanisch und konnte nicht mehr lernen, ich lernte gerade mal, ein bisschen zu sprechen. Später erfuhr ich, dass es eine Organisation gab, die kämpfte, und begann als Unterstützungsbasis teilzunehmen und ging nachts hinaus, um zu lernen und kehrte erst im Morgengrauen zurück, denn zu dieser Zeit wusste niemand vom Kampf, den wir führten, weil alles klandestin war. In dieser Zeit nahm ich an kollektiven Arbeiten, wie Kunsthandwerk, Bohnenaussaat, Feldarbeit oder Viehzucht mit anderen zapatistischen Frauen teil. [...] Wir machten Versammlungen oder hatten politische Fortbildungen, aber wir mussten es anders nennen, denn einige wussten gar nichts, nicht mal ihre eigene Familie.

Aber ich wurde auch nach dem Beginn des Krieges geboren und wuchs auf. Ich wurde mit den Militärpatrouillen, die unsere Gemeinden und Straßen umzingelten, geboren und wuchs damit auf, zu hören, wie die Soldaten Schweinereien zu den Frauen sagten. Einfach, weil sie bewaffnete Männer und wir Frauen sind. Aber im Kollektiv hatten wir keine Angst, sondern wir entschieden zu kämpfen und uns als zapatistische Frauen, die wir sind, kollektiv zu helfen.

So lernten wir, dass wir uns verteidigen können und anführen können. Und es waren nicht nur Worte eines Diskurses, sondern es war tatsächlich so, dass wir die Waffen ergriffen und gegen den Feind gekämpft haben, und tatsächlich übernahmen wir die Befehlsgewalt und führten Gefechte, mit mehrheitlich Männern in unseren Truppen. Und ja, sie gehorchten uns, weil es keine Rolle spielt, ob du Mann oder Frau bist, sondern ob du bereit bist zu kämpfen, ohne dich aufzugeben, ohne dich zu verkaufen, ohne nachzugeben.

Und obwohl wir keine Schulbildung hatten, hatten wir viel Zorn, viel Wut, wegen all der Schweinereien, die sie uns antun. Denn ich habe die Verachtung, die Demütigung, den Spott, die Gewalt, die Schläge, die Tode erlebt, aufgrund der Tatsache Frau zu sein, Indígena zu sein, arm zu sein, und nun Zapatista zu sein.

Und damit Ihr es wisst, es waren nicht immer Männer, die mich ausbeuteten, die mich beraubten, die mich erniedrigten, die mich schlugen, die mich verachteten, die mich töteten. Oft war es eine Frau, die mir dies angetan hat. Und sie tun es noch immer. Aber ich wuchs auch im Widerstand auf und sah meine Compañeras Schulen, Kliniken, kollektive Arbeiten und autonome Regierung errichten.

Und ich sah öffentliche Feste, bei denen wir alle wussten, dass wir Zapatistas sind und wir wussten, dass wir zusammen waren. Und ich sah, dass die Rebellion, dass der Widerstand, dass der Kampf, auch ein Fest ist, obwohl es manchmal keine Musik gibt, noch Tanz und nur einen Berg an Arbeit, der Vorbereitung, des Widerstandes.

Ich sah, wo ich vorher nur sterben konnte, weil ich Indígena bin, weil ich arm bin, weil ich Frau bin, dass wir kollektiv einen anderen Weg des Lebens erschufen: die Freiheit, unsere Freiheit. Und ich sah, dass wir dort, wo wir vorher nur das Haus und das Land hatten, wir nun Schulen, Kliniken und kollektive Arbeiten haben und wo wir als Frauen Apparate bedienen und den Kampf anführen, durchaus mit Fehlern, aber wir machen Fortschritte dabei, ohne dass uns jemand sagt, wie wir es tun sollen, außer wir selbst. Und nun sehe ich, dass wir vorangekommen sind, auch wenn es nur ein bisschen ist, aber immer ein Stückchen weiter.

Glaubt nicht, dass es einfach war. Es hat viel gekostet und nach wie vor ist es schwierig. Und nicht nur wegen des verdamnten kapitalistischen Systems, das uns zerstören will, sondern auch, weil wir dagegen kämpfen müssen, dass das System die Männer glauben macht, dass wir Frauen weniger Wert sind und nichts nutzen.

Und manchmal, das muss gesagt werden, sind es wir Frauen selbst, die wir uns beleidigen und schlecht übereinander sprechen, das heißt, dass wir uns nicht respektieren. Denn nicht nur die Männer, auch Frauen aus der Stadt sind es, die uns verachten, weil wir nichts vom Kampf der Frauen wissen, weil wir keine Bücher gelesen haben, in denen die Feministinnen erklären, wie es sein sollte und viele Dinge, die sie sagen und kritisieren, ohne zu wissen, wie unser Kampf ist.

Denn es ist eine Sache Frau zu sein, eine andere Sache ist es arm zu sein, und eine ganz andere Sache Indígena zu sein. Und die indigenen Frauen, die mich hören, wissen das sehr gut. Und eine ganz andere Sache ist es, und noch schwieriger, eine zapatistische indigene Frau zu sein.

Und wir wissen, dass uns noch viel fehlt, aber da wir zapatistische Frauen sind, geben wir uns nicht auf, verkaufen wir uns nicht und ändern unseren Weg des Kampfes nicht, dass heißt, wir geben nicht nach. Und wie viel es ist, was wir tun können, könnt Ihr hier bei diesem Treffen sehen, denn wir haben es unter uns zapatistischen Frauen organisiert. Denn es war nicht einfach nur so eine Idee.

Vor mehreren Monaten, als der Nationale Indigene Kongress und der Indigene Regierungsrat sagten, dass wir als

Frauen sagen werden, dass wir keine Angst haben, oder dass wir sie haben, sie aber kontrollieren, begannen wir, kollektiv darüber nachzudenken, dass wir auch etwas tun müssen. [...]

Hier sind Frauen aus allen Teilen der Welt anwesend. Frauen, die hohe Bildungsgrade haben, die studierte Doktorinnen sind, Ingenieurinnen, Wissenschaftlerinnen, Lehrerinnen, Studentinnen, Künstlerinnen, Anführerinnen. Gut, wir haben wenig Schulbildung, einige sprechen gerade mal ein bisschen Spanisch. Wir leben in diesen Bergen, den Bergen des mexikanischen Südostens. Hier werden wir geboren, hier wachsen wir auf. Hier kämpfen wir. Hier sterben wir. Und wir sehen zum Beispiel diese Bäume, die dort sind und dass Ihr sagt, dass es ein "Wald" ist und wir nennen es "Berg".

Gut, aber wir wissen, dass es in diesem Wald, auf diesem Berg, viele Bäume gibt, die verschieden sind. Und wir wissen, dass es zum Beispiel die Okotefichte oder Pinie gibt, Mahagoni, Zeder, Bayalté, dass es viele Arten von Bäumen gibt. Aber wir wissen auch, dass nicht jede Pinie oder jede Okotefichte gleich ist, sondern dass jede anders ist. Ja, wir wissen es, aber wenn wir es so sehen, sagen wir, dass es ein Wald ist, oder ein Berg. Gut, hier sind wir wie ein Wald oder ein Berg. Wir alle sind Frauen.

Aber wir wissen, dass es unterschiedliche Farben, Größen, Sprachen, Kulturen, Berufe, Gedanken und Formen des Kampfes gibt. Aber wir sagen, dass wir Frauen sind und außerdem, dass wir Frauen sind, die kämpfen. Also sind wir verschieden, aber wir sind gleich. Es gibt auch Frauen, die kämpfen und die nicht hier sind, aber auch an sie denken wir, auch wenn wir sie nicht sehen.

Und wir wissen auch, dass es Frauen gibt, die nicht kämpfen, die sich anpassen, das heißt, die sich aufgeben. Also können wir sagen, dass es in der ganzen Welt Frauen gibt, ein Wald an Frauen, und was sie gleich macht, ist, dass sie Frauen sind.

Aber wir zapatistischen Frauen sehen noch etwas anderes, was passiert. Denn was uns auch gleich macht, ist die Gewalt und der Tod, die sie uns zufügen. So sehen wir die Modernität dieses verdamnten kapitalistischen Systems. Wir sehen, dass es aus den Frauen der ganzen Welt einen Wald gemacht hat, mit seiner Gewalt und dem Tod, die das Gesicht, den Körper und den einfältigen Kopf des Patriarchats haben. [...]

Was zählt ist, dass wir Frauen sind und dass wir Frauen sind, die kämpfen, dass heißt, dass wir uns nicht mit dem zufrieden geben, was passiert, und jede, entsprechend ihrer Art, ihrer Zeit, ihrem Ort, kämpft bzw. rebelliert, wütend wird und etwas tut.



Also sagen wir Euch, Schwestern und Compañeras, dass wir uns aussuchen können, was wir bei diesem Treffen machen werden. Das heißt, wir können wählen. Wir können wählen zu wetteifern, wer die Tollste ist, wer die besten Worte hat, wer am revolutionärsten ist, wer die beste Denkerin ist, wer am radikalsten ist, wer sich am besten benimmt, wer am befreitesten ist, wer die Schönste ist, wer die Beste ist, wer am besten tanzt, wer am schönsten malt, wer am besten singt, wer am meisten Frau ist, wer im Sport gewinnt, wer am meisten kämpft. Wie auch immer, es wird keine Männer geben, die sagen, wer gewinnt und wer verliert. Außer uns.

Oder wir können uns mit Respekt anhören und sprechen, als Frauen des Kampfes, die wir sind, wir können uns Tanz, Musik, Kino, Video, Gemälde, Poesie, Theater, Skulpturen, Vergnügen, Wissen schenken und so unsere Kämpfe nähren, die jede dort hat, wo sie ist.

Wir können also wählen, Schwestern und Compañeras. Ob wir miteinander wetteifern und am Ende des Treffens, wenn wir in unsere Welten zurückkehren, werden wir erkennen, dass niemand gewonnen hat. Oder wir beschließen zusammen zu kämpfen, so verschieden wir sind, gegen das kapitalistische patriarchale System, welches uns vergewaltigt und tötet. Hier spielt das Alter keine Rolle, ob man verheiratet oder Single ist, Witwe oder Geschiedene, ob man aus der Stadt oder vom Land kommt, ob man Parteianhängerin ist, ob man Lesbe ist, asexuell oder transgender, oder wie jede sich selbst bezeichnet, ob man studiert hat oder nicht, ob man Feministin ist oder nicht.

Alle sind willkommen und, als zapatistische Frauen, werden wir Euch hören, sehen und wir werden respektvoll mit Euch sprechen. Wir haben uns organisiert, damit in allen Aktivitäten, in allen, einige von uns teilnehmen, die Eure Botschaft zu unseren Compañeras in den Dörfern und Gemeinden trägt.

Wir werden einen speziellen Tisch aufstellen, um Eure Kritiken entgegenzunehmen, dort könnt Ihr mitteilen, was Ihr seht, was wir schlecht gemacht haben oder schlecht machen. So werden wir sehen und analysieren und, wenn es stimmt, was Ihr sagt, werden wir schauen, wie wir es besser machen können. Und wenn es nicht stimmt, werden wir darüber nachdenken, warum Ihr es uns sagt.

Wir werden die Schuld für die Fehler, die unsere sind, nicht den Männern oder dem System geben. Denn der Kampf für unsere Freiheit als zapatistische Frauen, die wir sind, ist unserer. Es ist nicht die Arbeit der Männer, noch des Systems, uns unsere Freiheit zu geben. [...]

Das einzige, um was wir Euch bitten ist, dass ihr weiterhin kämpft, dass Ihr euch nicht aufgibt, dass Ihr euch nicht verkauft, dass Ihr nicht aufhört Frauen zu sein, die kämpfen. [...] Wir wollen älter werden und sagen können, dass wir viele Jahre alt sind und, dass jedes Jahr ein Jahr des Kampfes war. [...] Vielleicht, wenn das Treffen schon vorbei ist, wenn Ihr in eure Welten, eure Zeiten, eure Formen zurückkehrt, fragt euch jemand, ob eine Vereinbarung beschlossen wurde. [...] Und vielleicht, wenn Ihr gefragt werdet, was die Vereinbarung war, sagt Ihr "wir haben beschlossen zu leben, und da für uns leben kämpfen bedeutet, haben wir beschlossen zu kämpfen, jede gemäß ihrer Art, ihres Ortes und ihrer Zeit". [...]

ES LEBEN ALLE FRAUEN DER WELT!
DAS SCHLECHTE PATRIARCHALE SYSTEM SOLL STERBEN!

Aus den Bergen des mexikanischen Südostens.

Die zapatistischen Frauen.
8. März 2018, Chiapas, Mexiko, Welt.

Quelle: <http://enlacezapatista.ezln.org.mx/2018/03/08/palabras-a-nombre-de-las-mujeres-zapatistas-al-inicio-del-primer-encuentro-internacional-politico-artistico-deportivo-y-cultural-de-mujeres-que-luchan>



(Fotos: Radio Zapatista)

Das weltweite Treffen der Frauen, die kämpfen

Auf Einladung der EZLN trafen sich über 5.000 Frauen* aus aller Welt in Chiapas ¹



Verschiedene Frauen versuchen sich vor dem Tagesplan für den zweiten Tag für Veranstaltungen zu entscheiden (Foto: Katha)

Morelia, Chiapas, Mexiko. Sechs Uhr morgens, die Sonne geht hinter den Bergen im Südosten Mexikos auf. Es sind die Berge, aus denen die Zapatistas in ihren Kommunikes in „alle Ecken, Welten und Zeiten“ grüßen. In diese Berge, genauer gesagt ins Caracol Morelia, hatten die zapatistischen Frauen für fünf Tage zum ersten internationalen politischen, künstlerischen, sportlichen und kulturellen Treffen der Frauen*, die gegen Patriarchat und Kapitalismus kämpfen, eingeladen.

Sechs Uhr morgens – eine der zapatistischen Frauenbands, die Mañanitas, betritt mit E-Bass, Akkordeon und Gitarre die Bühne. Die vier sind traditionell gekleidet in langem Rock, Bluse und Sturmhaube. Sie wecken die angereisten Feminist_innen mit revolutionären Liedern zur Feier des 8. März. Nach und nach krabbeln die Teilnehmer_innen aus über vierzig verschiedenen Ländern aus ihren Schlafsäcken und sehen sich auf dem Gelände um. Viele waren erst im Dunkeln angekommen und sahen morgens zum ersten Mal das Caracol bei Licht.

Neben den Hallen und Bühnen, die die Zapatistas auch sonst für Versammlungen nutzen, haben die Organisatorinnen einiges an Infrastruktur für das Treffen aufgebaut: Duschen, Toiletten, Essensstände und viele Schilder mit netten Hinweisen wie „Hier gibt es Empfang“ oder „Bitte nicht die Zapatistas fotografieren, während sie essen oder Pozol trinken“.

Wie viele Frauen* gekommen waren, wissen auch die Veranstalterinnen nicht so genau: „Wir hatten gedacht, es kommen vielleicht 500 - aber da ist wohl eine Null auf dem Weg verloren gegangen. Einige sagen sogar, ihr seid nicht nur 5000, sondern 8000, manche schätzen 9000. Einigen wir uns darauf, dass ihr ‚un chingo‘ (etwa: verdammt viele) seid“, so die Worte in der Abschlussrede. Laut einer Supporterin der urbanen Unterstützungsgruppen, die sich unter anderem um die Registrierung der Teilnehmer_innen gekümmert hatten, waren etwa 5000 vorher registriert – der Rest kam spontan im Caracol vorbei.

¹ Hier steht ein Sternchen, um deutlich zu machen, dass nicht nur cis Frauen zum Treffen eingeladen waren. Als cis Mann/ cis Frau werden diejenigen bezeichnet, deren Geschlechtsidentität dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht entspricht.



Impression von einem der zahlreichen Workshops (Foto: Katha)

Warum die Männer nicht eingeladen waren

Drei Stunden nach dem Auftritt der Mañanitas geht es auf der zentralen Bühne vor dem Fußballplatz weiter: Capitana Insurgente Erika verliest die berührende Begrüßungsrede aller Zapatistinnen, abgestimmt in verschiedensten Versammlungen. Erika spricht über die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den versammelten Frauen*. Sie selbst habe „dreifache Unterdrückung erlebt: als Arme, als Frau und als Indigene.“ Doch das „verdammte kapitalistische System, das uns zerstören will, hat uns alle gleich gemacht“, ist ihr Resümee. Sie kritisiert auch die Wissenschaftler_innen, die den Zapatistas in Büchern erklärten, wie ihr Kampf auszusehen habe. „Wie recht sie doch hat“, raunt eine Teilnehmerin aus Mexiko-City ihrer Freundin zu. Erika bittet darum, es möge bei diesem Treffen nicht darum gehen, wer die Revolutionärste oder Schönste sei. Im Gegenteil: Die zapatistischen Frauen würden alle Frauen* der Welt, die kämpfen, einladen, sich gegenseitig mit Respekt zu begegnen und so Energie für ihre jeweiligen Kämpfe zu tanken.

Die Männer, die trotz expliziter Ausladung angereist sind, werden in einem separaten Camp vor den Toren des Caracols untergebracht. Einige sind gekommen, um die Betreuung eines gemeinsamen Kindes zu übernehmen, andere wohl aus purer Neugier. Die Männer organisieren sich und sprechen auch über ihre Männlichkeit und warum sie aus diesem Raum ausgeschlossen wurden. Die zapatistischen Männer sichern das Caracol von außen ab.

Der Ausschluss der Männer bringt eine einzigartige Dynamik hervor. Eine Mexikanerin fasste es so zusammen: „Ich mache mir keine Gedanken. Naja, zumindest weniger. Mir ist egal, wie ich aussehe, wie ich mich bewege, wie ich tanze. Ich fühle mich sicherer. Ich schaue nicht so viel, dass ich mein Geld sicher verstaub habe.“ Eine Mutter fügt hinzu: "Hier kann ich mein Kind eher laufen lassen - ich habe das Gefühl, dass es die Community auffängt."

Es wurde ein Raum geschaffen, in dem es möglich wurde, über Unterdrückungserfahrungen, Ängste, Träume und geteilte Utopien zu sprechen. Monate später ist überall immer noch die Rede vom ‚Encuentro‘ und dem Gefühl schon jetzt die Utopie zu leben, die das Treffen bei vielen hinterlassen hat.

Die Organisation des Treffens

Der erste Tag des ‚Encuentro‘ ist den Gastgeberinnen vorbehalten. Nach der berührenden Eröffnungsrede von Capitana Insurgente Erika spricht jeweils eine Vertreterin aus jeder der fünf zapatistischen Zonen, es gibt ein erstes Fußballturnier und nachmittags Theaterstücke. Eines der Bühnenstücke der Zapatistinnen einer Zone erzählt die Geschichte, wie die Organisation der zapatistischen Frauen begann. Auf der Bühne steht ein gedeckter Tisch, am Tisch sitzt der Familienvater. Es klopft an der Tür. Es ist der zukünftige Ehemann der ältesten Tochter. Ein paar Monate später: Die Frau wird geschlagen. Ein paar Jahre später: Ihr Mann beginnt nachts für viele Stunden das Haus zu verlassen. Sie stellt ihn zur Rede, er erzählt ihr von der geheimen Organisation eines Aufstandes. Von da an beginnt sie, andere Frauen zu überzeugen, an der Organisation teilzunehmen. Das Resultat war der "Aufstand vor dem Aufstand" 1993, als die ersten revolutionären Frauengesetze beschlossen wurden.

Am zweiten und dritten Tag des Treffens präsentieren die Teilnehmer_innen ihre Kämpfe in Form von Diskussionen, Workshops, Theaterstücken, Ausstellungen, Wandmalereien (murales), Fußballturnieren oder Tänzen. Es gibt etwa 30 verschiedene Orte, an denen gleichzeitig von morgens bis abends Veranstaltungen stattfinden. Von Gine-Punk (autonome Gynäkologie), über revolutionäres Yoga bis zu den Kämpfen der Mapuche-Frauen ist alles dabei. Die Zapatistinnen schicken eine Delegation zu jedem Veranstaltungsort – sie haben auch immer zuerst das Rederecht nach dem Ende der Beiträge.

Ein wichtiges Thema der Workshops sind die Feminizide. Durchschnittlich sieben Morde an Frauen gibt es jeden Tag in Mexiko. Fast keines dieser Verbrechen wird aufgeklärt oder überhaupt verfolgt. An dem Treffen nehmen viele Mütter teil, die T-Shirts mit Aufdrucken der Gesichter ihrer getöteten Töchter tragen. Eine von ihnen wird während eines Konzertes auf die Bühne gebeten, um die Geschichte ihrer ermordeten Tochter zu erzählen. Die Antwort der Teilnehmer_innen – „No estás sola“ („Du bist nicht allein“) – sollte nicht nur für sie eine der zentralen Botschaften des Treffens sein. Niemand ist allein, viele Frauen* in aller Welt organisieren sich und kämpfen – auch ohne die Unterstützung von Männern.

Urbaner vs. indigener Feminismus

Für viele Feminist_innen ist die starke Frauenorganisation der Zapatistas ein Vorbild. Alejandra (31) ist seit einigen Jahren in der Rincón Zapatista in Guadalajara aktiv. Sie nervt es, wenn urbane Gruppen sich genauso wie die Zapatistas organisieren wollen. Denn: „Jede Gruppe muss ihre eigenen Strategien finden, je nach den Gegebenheiten des Ortes“, so Alejandra. In den indigenen, dörflichen Gemeinschaften sei der Feminismus ein anderer als in der Stadt. Während in den katholisch geprägten indigenen Dörfern das Sprechen über Sexualität weitestgehend tabuisiert ist und sexuelle Befreiung auch nicht das wichtigste Anliegen der Organisation ist, bieten die angereisten Feminist_innen viele Vorträge und Workshops zum Thema Sexualität an.

Vielleicht bezogen sich die Zapatistinnen auch auf einen dieser Workshops, als sie sich in ihrer Abschlussrede für die „seltsamen Dinge“ bedankten, die die Teilnehmerinnen mitgebracht hätten... Die Zielgruppen waren also deutlich verteilt: So zog beispielsweise der Workshop verschiedener urbaner lesbischer Kollektive auch hauptsächlich ein urbanes lesbisches Publikum an. Gleichzeitig fand jedoch auch ein Workshop über lesbische Identität statt, der sich exklusiv an indigene Personen richtete.

Mehrere trans* Personen schätzen das Treffen als eher trans*-freundlich ein und hatten beim Einlass keine Probleme. Insgesamt gab es in den Workshops beeindruckend viel lesbische Sichtbarkeit, aber leider kaum trans* oder andere queere Sichtbarkeit.



(Foto: Radio Zapatista)



„Unsere Stimme ist nicht nur die Stimme der Indigenen Mexikos, sondern auch von allen Frauen der Welt“. Transparent während des Treffens (Foto: Katha)

Reflexionen über nicht-respektvolles Verhalten

Leider verhielten sich einige der Teilnehmerinnen nicht nur „seltsam“, sondern respektlos. Es gab Frauen, die Alkohol oder Gras mit ins Caracol gebracht hatten. Frauen, die sich über den Mangel an Essen beschwerten, Frauen, die ihren Müll überall liegen ließen, und weiße Frauen, die (halb) nackt herumliefen. Eine Erklärung könnte sein, dass viele der Frauen, die spontan gekommen waren, nicht mit der Bewegung vertraut sind. Die zapatistischen Organisatorinnen äußerten sich während der Abschlussrede und erneut beim *Conversatorio* ⁽²⁾ zu der Kritik der Teilnehmerinnen. Sie entschuldigten sich, dass sie sich nicht besser organisiert hätten und versprachen, es beim nächsten Mal besser zu machen. Bei einer Feministin aus Guadalajara löste das viel Scham aus: „Es ist unglaublich, dass dieses respektlose Verhalten passiert ist und die Zapatistinnen sich schlecht fühlen. Das ist ein typisches angelerntes weibliches Verhalten: sich verantwortlich machen. Aber wir, wir Teilnehmerinnen, hätten uns auch kümmern müssen. Um den Raum, die uns die Zapatistinnen geöffnet haben. Stattdessen haben die indigenen Frauen die ganze Care-Arbeit für die urbanen, teils weißen Frauen übernommen. Wie kann es sein, dass wir so viele waren und uns nicht organisiert haben?“ Deswegen sei ihr wichtigstes Fazit: Wir dürfen nicht vergessen, uns umeinander zu kümmern.

Am Ende des Treffens gaben die Zapatistinnen allen eine Botschaft mit: „Wir hätten uns gewünscht, mit mehr Zapatistinnen hier gewesen zu sein, um jede von euch zu umarmen und ihr ins Ohr flüstern zu können: ‚Gib nicht auf! Verkauf dich nicht! Kämpfe weiter!‘“ Sie baten die Teilnehmerinnen, mit ihnen einen Pakt zu schließen, der vor dem Hintergrund der täglichen Feminizide brutal real ist: „Wir werden leben.“ Und leben heißt für die Zapatistas weiterzukämpfen. Jede nach ihren Möglichkeiten in „ihren Welten, Zeiten und an ihren Orten“.

Katha, Gruppe B.A.S.T.A. Münster

Eine interessante Fotoreportage gibt es hier:
www.feminism-unlimited.org

² Reflexionstreffen zur Mobilisierung des Nationalen Indigenen Kongresses CNI, das vom 15.-25.4.2018 auf Einladung der EZLN in San Cristóbal durchgeführt wurde (vgl. Beitrag dazu in dieser Ausgabe).

Emanzipatorische Kandidatur verhindert

In Mexiko wurde die parteiunabhängige Präsidentschaftskandidatin María de Jesús Patricio "Marichuy" der linken indigenen Bewegung systematisch ausgegrenzt. Die Bewegung bleibt kämpferisch: *"Unsere Organisation geht weiter!"*

In Mexiko gab es für die im Juli 2018 durchgeführten Präsidentschaftswahlen letztendlich keine parteiunabhängige linke indigene Präsidentschaftskandidatin. María de Jesús Patricio, "Marichuy" genannt, erreichte mit 281.955 Unterschriften 32,5 % der notwendigen 866.593 in mindestens 17 von 32 Bundesstaaten. Nur wenn die vorgegebene Zahl bis zum 19. Februar erreicht worden wäre, wäre die Kandidatin des linken Nationalen Indigenen Kongresses CNI - die ideell auch von der zapatistischen Befreiungsbewegung EZLN unterstützt wird - zur Wahl zugelassen worden. Bei den Wahlen von 2018 war dies überhaupt zum ersten Mal rechtlich möglich.

Die Bedingungen für eine erfolgreiche Wahlteilnahme waren von Anfang an äußerst problematisch. Die Unterschriften mussten per Smartphone-App dem Nationalen Wahlinstitut INE übermittelt werden und die unterzeichnenden Personen mussten zudem eine Akkreditierung des INE vorweisen - über beides verfügen viele Menschen in ländlich-indigenen Regionen Mexikos nicht. Diese Vorschriften grenzten Millionen Personen vollständig aus. Darüber hinaus gab es regelrechte Sabotageakte, beispielsweise als tausende Menschen anlässlich des Besuchs von Marichuy im vergangenen Herbst in der Stadt Altamirano im süd mexikanischen Bundesstaat Chiapas unterzeichnen wollten und das Internet in der gesamten Stadt exakt an jenem Tag nicht funktionierte.

Erschwerend kam hinzu, dass die etablierten Parteien PRI, PAN, PRD und PVEM vielerorts ihrer "Wahlbasis", die seit Jahrzehnten am Tropf von Almosen der unterschiedlichen Regierungsparteien hängt, damit drohten, dass die Menschen keinen Peso mehr erhalten oder sogar Repressalien erleiden würden, wenn sie für die Wahlzulassung von Marichuy unterschreiben würden.

In zwei Fällen wurde die Reisegruppe von Marichuy schwer bedroht. So wurden am 21. Januar im Bundesstaat Michoacán Journalisten, die in der Karawane mitreisten, von schwer bewaffneten Männern gezwungen, ihre Kameras und Handys auszuhändigen.

Pikant war in dieser Wahlkampfzeit, dass Marichuy immer wieder rassistisch und frauenfeindlich beleidigt wurde, vor allem in den "social media" von Anhängern der sozialdemokratischen Partei Morena, deren Kandidat Andrés Manuel López Obrador (Amlo) die Präsidentschaftswahlen am 1. Juli für sich entschieden hat. So häuften sich nach Recherchen der Journalistin Gloria Muñoz Pöbeleien in dem Sinne, María de Jesús Patricio sei ja eine Analphabetin, die sich besser um Wäschewaschen oder die Herstellung von Tortillas kümmern solle. Doch damit nicht genug: López Obrador warf der unabhängigen Kandidatin die "Spaltung der Linken" vor, stellte aber gleichzeitig ein sehr fragwürdiges Wunschkabinett mit mehreren höchst zweifelhaften Politikern vor.



Marichuy (Mitte) mit weiteren Delegierten des CIG (Foto: Regeneración Radio)

Bericht vom „Konversatorium (oder Saatfeld, je nachdem): ‚Hinschauen, Zuhören und Sprechen – Denken verboten?‘“

Schmerz und Entschlossenheit

Auf ihrem Reflexionstreffen lud die EZLN zum Austausch über die politische Situation in Mexiko und der Welt ein.

Wie geht es Deinem Herzen? Diese Frage – in der indigenen Sprache Tzotzil eine übliche Form, sich nach jemandes Befinden zu erkundigen – hatte die Kommission Sexta der EZLN bereits in der Einladung allen Redner*innen gestellt, die an der Veranstaltung teilnehmen sollten. Vom 15. bis 25. April präsentierten sich über 50 Aktivist*innen, Journalist*innen, Künstler*innen und Sozialwissenschaftler*innen in San Cristóbal de las Casas, Chiapas, um im Auditorium der CIDECI-Unitierra ihre Sicht auf die aktuelle politische Entwicklung in Mexiko und der ganzen Welt zu teilen und – ein Novum für zapatistische Veranstaltungen solchen Formats – darüber mit der Kommission Sexta der EZLN ins Gespräch zu kommen. Die Frage nach dem Herzen wurde zu einem der roten Fäden des Events, wobei besonders zwei Antworten immer wieder zu hören waren. Daniela Rea, Reporterin des „Red de periodistas de a pie“ (in etwa: Netz aufrechter Journalist*innen) ist alltäglich mit der Gewalt konfrontiert, in der das Land seit dem Beginn des „Krieges gegen die Drogen“ 2006 ertrinkt. „Das Herz ist traurig, es schmerzt, ist müde und verzweifelt, seit langer Zeit“, lautete ihre ehrliche Antwort.

Es sind diese beiden Gefühle, Schmerz und Entschlossenheit, die nicht nur bei den meisten Teilnehmer*innen vereint auftraten, sondern auch die Stimmung des gesamten Konversatoriums zusammenfassen.

Daneben stand zum Beispiel Bàrbara Zamora, die als Anwältin von Anfang an dem Zapatismus und außerdem vielen Opfern des korrupten mexikanischen Rechtssystems zur Seite stand und die trotz der bedrückenden Schicksale, die sie begleitet, feststellte, ihr Herz sei „stark und enthusiastisch, sich all den Kämpfen zu stellen, die kommen.“

Der aktuellen Situation des Landes geschuldet (2017 war das gewalttätigste Jahr, seitdem in Mexiko entsprechende Statistiken geführt werden, 2018 verzeichnet bereits einen weiteren starken Anstieg) wurde in vielen Beiträgen das unwahrscheinliche Leid der zehntausenden Verschwundenen und Ermordeten geteilt. Dabei war allgemeiner Konsens, die aktuellen Entwicklungen als Teil einer weltweiten Krise des Kapitalismus einzuordnen, dass das Schlimmste erst noch bevorsteht und dass dagegen nur die „Organisierung von links und unten“ gesetzt werden kann.



Es wurde zwar diskutiert, ob die Wahlen vom 1. Juli vielleicht etwas mehr „Luft zum Atmen“ (Alejandro Grimson) verschaffen können, aber darüber hinaus waren sich fast alle Anwesenden einig, dass „kein tiefer Wandel zur Debatte steht“ (Luis Hernández Navarro, La Jornada).

Der Appell der Zapatistas lautet also wie immer, wenn auch wohl noch eindringlicher als sonst: Organisiert Euch! „Vielleicht wird dieser Schmerz [...] zu Wut und vielleicht organisiert sich diese Wut [...], um Gemeinschaft herzustellen“, fasst Subcomandante Galeano in einem seiner vielen Beiträge als Stimme der Kommission Sexta zusammen. „Macht Euer eigenes ‚Semillero‘ (Saatfeld), trifft Euch, redet miteinander und vor allem: hört Euch zu!“

Und das ist der Teil des Konversatoriums, der Hoffnung macht und – neben den humorvollen und poetischen Interventionen des Sup Galeano – Kraft aus diesem Treffen schöpfen lässt: Die vielen Menschen, die sich organisieren und kämpfen. Besonders die Unterschriften-Kampagne von Marichuy, die im Laufe der zehn Tage von Involvierten wie auch Außenstehenden ausführlich ausgewertet wurde, wurde als großer Erfolg verstanden, obwohl die erforderliche Anzahl von Unterschriften nicht erreicht wurde, um Marichuy als Präsidentschaftskandidatin aufzustellen. Das Unterstützungsnetz Chiapas sagt dazu: „Wir wissen, dass wir aus der Perspektive von oben gescheitert sind, aber aus der Sicht von unten [...] haben wir uns getroffen und zusammen gelernt, wir haben geschafft, dass wieder über den Schmerz der *pueblos* Mexikos und der Welt gesprochen wird.“

Besonders wurde die Organisation durch und für die Kampagne selbst hervorgehoben – überall im Land gründeten sich Kollektive und bezogen viele Menschen ein, die sich zum ersten Mal überhaupt politisch organisierten. Der nationale indigene Kongress CNI konnte in Bundesstaaten Fuß fassen, zu denen vorher wenig oder keinerlei Kontakt bestand, hunderttausenden Menschen wurde der Politikansatz von EZLN und CNI nahegebracht: die Selbstorganisation in horizontalen Kollektiven gegen Unterdrückung und

Ausbeutung. Besonders auf bereits organisiertem Boden, also vor allem bei den Zapatistas, hat außerdem der so genannte „Marichuy-Effekt“ dem Selbstbewusstsein und der politischen Beteiligung der Frauen starken Aufwind verschafft, wie zuletzt beim internationalen Frauentreffen im zapatistischen Caracol Morelia deutlich wurde.

Über die reine Organisation hinaus wurde von vielen Beteiligten hervorgehoben, wie bedeutend es ist zu lernen, „Gemeinschaft“ (Comunidad) zu bilden, in der „die Schmerzen des anderen anerkannt werden“ (Ximena Antillón) und zwischenmenschliche Verbindungen entstehen, die gegenseitige Fürsorge ermöglichen.

Emotionaler Höhepunkt des Konversatoriums war zweifellos die Ernennung von Pablo González Casanova, seit dem Aufstand kritischer aber solidarischer intellektueller Begleiter der Zapatistas und „der einzige linke Universitätsrektor, den Mexiko je hatte“ (Juan Villoro), zum „Comandante Pablo Contreras“ – dem einzigen nicht-indigenen Mitglied der Kommandantur der EZLN und mit seinen 96 Jahren gewiss auch dem ältesten.

Besonders hervorzuheben ist der Beitrag von Yasnaya Aguilar, einer Aktivistin vom Stamm der Mixe in Oaxaca, die mit einem Kollektiv in ihrer Gemeinde aus der Perspektive indigener Gruppen eine scharfe Kritik am (mexikanischen) Nationalismus entwickelt hat, wie sie innerhalb der lateinamerikanischen Linken sicherlich recht außergewöhnlich ist. Dafür erntete sie stürmischen Beifall und von Sup Galeano die Bitte, den Text an die Kommission Sexta auszuhändigen, „weil Du zu den gleichen Schlüssen kommst wie wir.“ Und das, nachdem sie dazu aufgefordert hatte, den für den Kampf von EZLN und CNI so emblematisch gewordenen Spruch „Nie wieder ein Mexiko ohne uns!“ zu hinterfragen und lieber ein „Wir ohne Mexiko“ zu konstruieren. Aber in Mixe fragt man eben auch nicht: „Wie geht es Deinem Herzen?“, sondern „Wie geht es Deinem Magen?“

Frijolito, San Cristóbal de las Casas, Chiapas, Juni 2018



Was sie
sich wohl
zu sagen
gehabt
hätten?

Diese spannende Frage
wird gesponsort vom
Druckereikollektiv

FAIRDROCKT



Fair-Wear-Shirts
mit Botschaft auf
www.fairdruckt.de

Wir drucken auch
Eure Motive!

(Siebdruck ab 20
Exemplaren, bis zu drei
Farben, Farben ohne
Lösungsmittel)

info@fairdruckt.de

* Kommentar *

Neoliberale Sozialdemokratie vs. antisystemische Autonomie

Mexiko: Andrés Manuel López Obrador ist klarer Sieger der Präsidentschaftswahlen. Parteianhänger*innen und reformistische Linke in aller Welt feiern. Finanzmärkte und Unternehmen reagieren höchst zufrieden: Neoliberaler "Freihandel", Sonderwirtschaftszonen und Extraktivismus werden weitergeführt.



Andrés Manuel López Obrador am 2. Juli auf dem Hauptplatz von Mexiko-Stadt

Am 1. Juli 2018 wählten 53 Prozent der Mexikaner*innen, die an der Wahl teilnahmen Andrés Manuel López Obrador (kurz Amlo) zum zukünftigen Präsidenten. Die Wahlbeteiligung lag bei 63 Prozent. Sein Bündnis "Gemeinsam werden wir Geschichte machen" unter Führung seiner dominierenden Partei Morena (Bewegung zur nationalen Erneuerung) erhielt im Senat und im Abgeordnetenhaus die absolute Mehrheit. Weitere Mitglieder der Allianz sind die pseudo-marxistische Kleinpartei PT (Partei der Arbeit) sowie die rechtskonservative, evangelikale, homophobe und frauenfeindliche Kleinpartei PES (Partei soziales Treffen).

Mehrere künftige Kabinettsmitglieder haben bereits unter föderalen PAN- und PRI-Regierungen rücksichtslos mit Desinformation, Korruption und Gewalt Projekte gegen die Interessen der lokalen Bevölkerungsmehrheit durchgesetzt, darunter Tagebau, Staudämme, Billiglohnfabriken, Ölpalmenmonokulturen und weitere Projekte des kapitalistischen Entwicklungswahns. So drängt der Großunternehmer Alfonso Romo, künftiger Verantwortlicher für

das "Nationalprojekt" von Amlo, darauf, den Süden Mexikos komplett in eine neoliberale Sonderwirtschaftszone zu transformieren und Mexiko noch stärker in ein "Paradies für Investitionen" zu transformieren. Romo finanzierte 1988 die Wahlkampagne des autoritären PRI-Präsidenten Carlos Salinas de Gortari, der für Hunderte zivile Tote im Chiapas-Konflikt von 1994 und den Abschluss des NAFTA-Abkommens verantwortlich ist, und 2000 die Kampagne des Ex-Coca-Cola-Managers Vicente Fox, der für die rechtskonservative-neoliberale PAN die Wahlen gewann. Romo ist Mitentwickler des berüchtigten "Plan-Puebla-Panamá", der entworfen wurde, um die noch nicht vom Kapitalismus durchdrungenen Gesellschaften und Landschaften der neoliberalen Ausbeutung zur Verfügung zu stellen. Glücklicherweise konnte dieser Plan dank des Widerstands vor allem der kleinbäuerlich-indigenen Bevölkerung längst nicht so extrem durchgesetzt werden, wie es von den mexikanischen und internationalen Eliten erhofft wurde.

Aufbruch oder alter Wein in neuen Schläuchen?

Angesichts von Korruption, Gewalt und Marginalisierung breiter Bevölkerungsteile konnte Amlos gemäßigt links angehauchter Populismus sehr viele Menschen erreichen, die von den Altparteien PRI, PAN und PRD völlig enttäuscht sind. Den so genannten "einfachen Menschen" versprach Amlo im Wahlkampf ökonomische und sicherheitspolitische Verbesserungen sowie einen konsequenten Kampf gegen Korruption.

Doch Amlo tut auch alles, um die ökonomischen und politischen Eliten in Mexiko und der Welt nicht zu erschrecken, sondern auf seine Seite zu ziehen, indem er ihnen fortlaufend bessere Investitions- und Profitmaximierungsbedingungen verspricht. Ausdruck davon ist, dass er sich in den ersten Tagen nach seinem Wahlsieg direkt mit den fast ausschließlich weißen Spitzenvertretern mehrerer Unternehmerverbände zu Tisch setzte, anstatt sich mit Aktivist*innen sozialer Bewegungen, mit Gewerkschaften, mit Menschenrechtsgruppen, mit Frauenorganisationen, mit bäuerlichen und indigenen Verbänden oder allgemein mit linken Gruppierungen zu treffen.

Die Eliten im In- und Ausland reagierten nach Amlos Wahlsieg äußerst positiv, inklusive US-Präsident Trump, dem Amlo im Wahlkampf noch "neofaschistische Propaganda" gegen Mexiko

vorgeworfen hatte, und dem er kürzlich jedoch "durch die Blume" zusicherte, die USA - von Mexiko aus - gegen Migrant*innen aus Mittelamerika und Mexiko zu "schützen".

Wahlbetrug durch unerfüllbare Versprechen

Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wird Amlo den Großteil seiner Versprechen zum Wohl der benachteiligten Bevölkerungssektoren nicht halten wollen bzw. können. Zum einen, weil sie schlichtweg Wahlpropaganda zwecks Stimmenfang bei höchst unterschiedlicher Wahlklientel mit teils völlig widersprüchlichen Interessen waren, und zum anderen, weil sie ob juristischer Unmöglichkeiten und der politisch-ökonomischen Machtverhältnisse in Mexiko und auf dem internationalen Parkett völlig undurchführbar sind. Die Kartelle des organisierten Verbrechens, Unternehmen, Polizei und Militärs sowie viele weitere Angehörige des Staatsapparats werden sich ihre Privilegien nicht einfach nehmen lassen.

Amlo inszeniert sich gekonnt: So kündigte er medienwirksam an, sein Präsidentengehalt um 60 Prozent auf rund 5.000 Euro zu kürzen, auch Staatsfunktionär*innen sollen zukünftig nicht mehr als der Präsident verdienen dürfen - doch dazu fehlt die Zustimmung beider Parlamentsorgane, die keineswegs sicher ist.

Ein besonders deutliches Beispiel manipulativer Wahlversprechen sind zudem die Rechte der kleinbäuerlichen und indigenen Gemeinschaften: Amlo will in südlichen Bundesstaaten wie Guerrero, Oaxaca und Chiapas Sonderwirtschaftszonen (span. ZEE³) etablieren, die die nationale Umwelt- und Sozialgesetzgebung und indigene Selbstverwaltungsrechte außer Kraft setzen und einer gnadenlosen kapitalistischen Plünderung ausliefern. Im Wahlkampf versprach Amlo jedoch dreist, die Abkommen von San Andrés über indigene Rechte und Kultur (Selbstverwaltung innerhalb des mexikanischen Staates mit weitreichender lokaler Autonomie), die 1996 von EZLN und mexikanischer Regierung unterzeichnet wurden, umzusetzen. Erstens widerspricht dies den ZEE, zweitens wäre seine Regierung dabei auf die Stimmen der Opposition angewiesen, da für die dazu notwendige Verfassungsänderung eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich wäre. Doch eine Entscheidung für eine indigene (Teil-)Autonomie steht den Interessen der mexikanischen und internationalen Agrar-, Bau-, Chemie-, Dienstleistungs-, Drogen-, Extraktivismus-, Medien- und Tourismusindustrie diametral entgegen. Auch der militärische Komplex wäre gewiss nicht erfreut, genießt er doch seit Jahrzehnten eine Sonderrolle in Mexiko und verdient Unsummen am legalen und illegalen Kapitalismus mit.

Bezogen auf den Welthandel gilt es daran zu erinnern, dass Mexiko neoliberale Freihandelsabkommen mit über 40 Staaten unterhält und nach weiteren strebt - auf Kosten von Mensch und Natur. Eine Abkehr davon ist auch unter Amlo nicht in Sicht, was vor allem von unabhängigen kleinbäuerlich-indigenen und Menschenrechtsorganisationen angeprangert wird.

Minimale Hoffnungen

Es ist angemessen, darauf hinzuweisen, dass es auch unter linken Amlo-Kritiker*innen ein klein wenig Hoffnung gibt, dass es zumindest weniger Repression gegen soziale Aktivist*innen, Menschenrechtler*innen und Journalist*innen geben könnte oder dass die undemokratische neoliberale Bildungsreform zurückgenommen sowie die weitere Privatisierung des halbstaatlichen Erdölunternehmens Pemex nicht weiterverfolgt würde, der nach wie vor einen großen Teil der Staatseinnahmen generiert. Zudem wird darauf gesetzt, dass zumindest einige engagierte Aktivist*innen, die sich auf Posten in der künftigen Regierung eingelassen haben, nicht vollständig ihre Loyalität zur Basis verlieren.



Amlo nach seinem Wahlsieg beim amtierenden Präsidenten Enrique Peña Nieto, "um die Transition zu besprechen". (Fotos: L. Jornada)

Die Rolle autonomer und Amlo-naher sozialer Bewegungen

Unabhängige linke Bewegungen wie CNI und EZLN haben klar und deutlich angekündigt, dass sie sich nicht von der Amlo-Administration kooptieren lassen werden, sondern weiter konsequent gegen Kapitalismus, Patriarchat, Rassismus und Naturzerstörung kämpfen und auf ihre De-Facto-Autonomie und ihre Selbstorganisierungs- und Vernetzungsprozesse setzen⁴.

Es steht zu befürchten, dass sich die Amtszeit von Amlo zu einem schöngefärbten Neo-PRIismus entwickelt, der letztendlich nichts an den alten Unterdrückungs- und Ausbeutungsstrukturen ändert.

Besonders wahrscheinlich wird dies, wenn die sozialen Bewegungen, die mit Amlo zusammenarbeiten, eine falsch verstandene "Sozialpartnerschaft" eingehen, ihre Unabhängigkeit aufgeben und nicht weiter auf ihre legitimen Rechte und ihre Vorschläge bestehen und nicht kontinuierlich von unten mobilisieren.

Luz Kerkeling, Gruppe B.A.S.T.A. Münster

3 ZEE: Zonas Económicas Especiales.

4 Vgl. dazu das Kommuniqué der EZLN vom 17.7.2018 in dieser Ausgabe.

EZLN: Es gibt keinen Kontakt mit Amlo

"Die Freiheit erhält man nicht als Almosen, weder durch menschliche noch durch göttliche Gunst, sie wird durch Kampf erobert."

(Kommuniqué der EZLN vom 17. Juli 2018)

Zapatistische Arme der nationalen Befreiung.
Mexiko. Juli 2018.

An die Menschen in Mexiko
An die Menschen und Regierungen der Welt
An die freien, autonomen Medien oder wie sie sich selbst nennen
An die Sexta Nacional und Internacional
An den nationalen indigenen Kongress und den indigenen Regierungsrat
An die nationale und internationale Presse

Seit gestern und im Laufe des Tages verbreitet sich in den Medien die Darstellung, basierend auf Aussagen von Herrn Alejandro Solalinde (der damit prahlt, Priester, Pater, Pfarrer zu sein, oder wie man sagt, Christ, Katholik, Apostel und Römer), von einer angeblichen Annäherung zwischen der EZLN und Herrn Andrés Manuel López Obrador und dass "die EZLN den ersten Dialog bereits akzeptiert hat" (Worte von Herrn Solalinde).

Angesichts dieser Lüge erklärt die EZLN:

Erstens: Das CCRI-CG [Anm.: Geheimes Revolutionäres Indigenes Komitee – General-Kommandantur] der EZLN, politische, organisatorische und militärische Führung der EZLN, hat keinerlei Dialog mit Niemandem akzeptiert. Wie jene wissen, die auch nur geringe Kenntnis über die EZLN und ihre Art haben, würde eine solche Angelegenheit öffentlich im Voraus bekanntgegeben.



Subcomandante Moisés, Sprecher der EZLN (Foto: Radio Zapatista)

Zweitens. Die EZLN hat von Herrn Solalinde nichts als Lügen, Beleidigungen, Verleumdungen und rassistische und machistische Kommentare erfahren, in seiner Vermutung, wie es in der Epoche des Salinismus und Zedillismus üblich war, dass wir arme ignorante Indígenas sind, manipuliert durch - nach seinen Worten - "Caxlanes [Anm.: Ausdruck für Auswärtige], die den Zapatismus verwalten", und dass dies verhindert, dass wir den Blick senken und uns jenem unterwerfen, den Herr Solalinde als den neuen Retter erachtet.

Drittens. Wir verstehen Herrn Solalindes Drang zum Protagonismus und seine Haltung, Unterwerfung zu fordern. Aber er hat Unrecht mit dem Zapatismus der EZLN. Nicht nur darin irrt er sich. Wir wissen nicht viel darüber, aber es scheint, dass eines der Gebote der Kirche, der Herr Solalinde dient, besagt: "Du sollst kein falsches Zeugnis gegen Deinen Nächsten ablegen oder lügen".

Viertens. Wie jeder, der das mexikanische Recht kennt, wissen sollte, ist Andrés Manuel López Obrador nicht der Präsident von Mexiko, er ist nicht einmal der gewählte Präsident. Um "gewählter Präsident" zu sein, ist es notwendig, dass das Wahlgericht der Justiz des Bundes eine entsprechende Erklärung abgibt.

Dann erlässt die Abgeordnetenversammlung ein Dekret in der öffentlichen Verlautbarung des Bundes, das die Bevölkerung darüber informiert, dass es einen gewählten Präsidenten gibt. Und, nach den gleichen Gesetzen, ist er kein amtierender Präsident, bis er am 1. Dezember 2018 den Eid ablegt. Übrigens, nach der letzten Wahlreform wird er nicht für 6 Jahre regieren, sondern zwei Monate weniger. Es sei denn, die Verfassung wird geändert und eine Wiederwahl ist zulässig.

Fünftens. Wenn sich jene des Teams von Herrn Andrés Manuel López Obrador so benehmen, als wären sie schon die Regierung, weil sie es den großen Geschäftsmenschen (via Youtube, was eine Garantie für Seriosität ist), der Verwaltung von Herrn Trump (durch seinen pharaonischen Besuch) und den großen Kommunikationsmedien glaubhaft machen wollen, versteht man das. Aber vielleicht ist es nicht angebracht, seine Bereitschaft, gegen diese Gesetze zu verstoßen unter dem Schutz eines angeblichen "kompletten Streitwagens" (was die PRI während ihrer langen Herrschaft tat) vorwegzunehmen.

Sechstens. Die EZLN hat bereits die bittere Erfahrung gemacht, den Kontakt mit einem Herrn zu akzeptieren, der später zum gewählten Präsidenten erklärt wurde. Wir sprechen von Herrn Ernesto Zedillo Ponce de León, der diese ersten Kontakte nutzte, um die Vernichtung der damaligen zapatistischen Führung zu planen. Jener, der diesen Verrat gesteuert hat, Herr Esteban Montezuma Barragán, ist jetzt einer derjenigen, die

als Teil der Regierung vorgeschlagen sind, die ihr Amt am 1. Dezember 2018 antreten soll, nicht früher. Wir wissen nicht, ob Herr Solalinde nun beabsichtigt, Herrn Montezuma Barragán von seiner Funktion, die er bei Zedillo inne hatte, abzulösen.

Siebtens. Es ist nicht unsere Zuständigkeit, aber jene, die sich selbst als "die wahre Veränderung" bezeichnen, tun schlecht daran, mit Lügen, Verleumdungen und Drohungen zu starten. Sie haben es bereits mit dem Papst getan, nun machen sie es mit der EZLN. Sie wiederholen die "Sitten und Gebräuche" jener, von denen sie sagen, dass sie sie aus der Regierung entfernt haben.

Achtens. Wie seit mindestens 16 Jahren, nach der indigenen Gegenreform, öffentlich bekannt ist, hat die EZLN keinerlei Dialog mit Föderalen Regierungen geführt. Weder mit Fox nach 2001, noch mit Calderón, noch mit Peña Nieto. Auf unsere Bereitschaft zum Dialog wurde immer mit Lüge, Verleumdung und Verrat reagiert. Wenn sie so freundlich wären, zeigen sie Herrn Solalinde Auszüge aus der Presse und Büchern, die dies genau schildern, denn er tut gerade genau das Gleiche.

Neuntens und letztens. Wenn wir "sektiererisch", "marginal" und "radikal" sind; wenn wir "isoliert" und "allein" sind; wenn wir "aus der Mode gekommen" sind, wenn wir nichts und niemanden repräsentieren; warum lassen sie uns dann nicht in Ruhe und feiern weiterhin ihren "Triumph"?

Warum bereiten sie sich nicht lieber gut vor - ohne Lügen -, auf die 5 Jahre und 10 Monate, in denen sie an der föderalen Regierung sein werden? Und sie sollten sich organisieren, denn sogar, wenn man um den Knochen und die Glückwünsche des Geldes kämpft, ist es besser, organisiert zu sein.

Wir als Zapatist*innen? Wir werden mit dem weitermachen, was wir seit fast 25 Jahren tun.

Widerstand und Rebellion!

Die Freiheit erhält man nicht als Almosen, weder durch menschliche noch durch göttliche Gunst, sie wird durch Kampf erobert.

Das ist alles.

Aus den Bergen des mexikanischen Südostens.

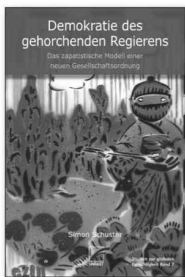
Für das Geheime Revolutionäre Indigene Komitee – Generalkommandantur der Zapatistischen Armee der nationalen Befreiung.

Subcomandante Insurgente Moisés

(100% Mexikaner, 100% Tzeltal (oder "Tzeltal-Indígena" für Herrn Solalinde) und 100% Zapatist).

Quelle: <http://enlacezapatista.ezln.org.mx/2018/07/17/desmiente-el-ejercito-zapatista-de-liberacion-nacional-contacto-alguno-con-amlo-comunicado-del-cgri-cg-del-ezln/>

UNRAST – Brainfood



Simon Schuster

Demokratie des gehorchenden Regierens
Das zapatistische Modell einer neuen Gesellschaftsordnung

224 Seiten | 14 Euro
ISBN 978-3-89771-065-8

Würde und Basisdemokratie als Grundlagen zapatistischer Selbstverwaltungsstrukturen • eine verfassungstheoretische Analyse

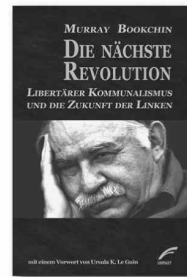


Zwischenraum Kollektiv (Hg.)

Decolonize the City!
Zur Kolonialität der Stadt

200 Seiten | 14 Euro
ISBN 978-3-89771-546-2

Segregation, Verdrängung durch Gentrifizierung, soziale, ethnische und kulturelle Exklusion aus dem Blickwinkel der Kolonisation betrachtet

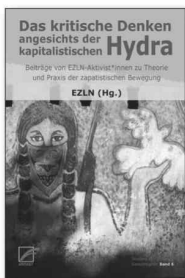


Murray Bookchin

Die nächste Revolution
Libertärer Kommunalismus und die Zukunft der Linken

224 Seiten | 16 Euro
ISBN 978-3-89771-594-3

Essays des libertären Vordenkers direkter Demokratie • „überaus lesenswert“ (Thomas Wagner, junge Welt)



EZLN

Das kritische Denken angesichts der kapitalistischen Hydra
Theorie und Praxis der zapatistischen Bewegung

332 Seiten | 19,80 Euro
ISBN 978-3-89771-059-7

„Was das Buch mitgibt, ist vor allem eine Frage: Wir machen es so – und was machst du?“ (Brigitte Kratzwald, Contraste)



Meredith Tax

Auf einem unwägaren Weg
Die Frauen im kurdischen Freiheitskampf

328 Seiten | 19,80 Euro
ISBN 978-3-89771-064-1

Revolution, Frauenbefreiung und Demokratische Autonomie in Kurdistan – solidarisch-kritisch – vom Urgestein des us-Feminismus, Meredith Tax



John Holloway

Wir sind die Krise des Kapitals ... und stolz darauf
Die San-Francisco-Vorträge

104 Seiten | 9,80 Euro
978-3-89771-229-4

Das ganze Programm online
www.unrast-verlag.de

"Vor 1994 waren wir versklavt"

Interview mit den zapatistischen Kaffee-Kooperativen Yachil und Yochin

Im Rahmen einer kleinen Delegationsreise führte ein Team vom Kaffee Kollektiv Aroma Zapatista eG und Zwischenzeit e.V. in mehreren zapatistischen Gemeinden im Widerstand Gespräche durch, um mit Kooperativen der EZLN die aktuelle Situation im solidarischen Kaffee-Handel zu reflektieren und sich über politische Entwicklungen auszutauschen.⁵



Wie war die Situation für die Kaffee-Produzent*innen vor dem Aufstand der EZLN 1994?

José (Kooperative Yachil Xojobal Chulchán, Zone Oventik): Die Situation war ganz anders als heute. Meine Vorfahren mussten sehr hart arbeiten. Außerdem mussten sie den Großgrundbesitzer und seine Frau noch durch die Gegend tragen. Ihnen wurde ein Stuhl umgebunden und sie mussten den *Patrón* zur nächsten Hauptstraße schleppen - und in manchen Fällen zur eigenen Flugzeugpiste, denn es gab noch nicht viele Straßen. Aber irgendwann organisierten wir uns, dann haben sie sich zurückgezogen, weil sie wussten, dass wir Waffen hatten.

Abel (Kooperative Yochin Tayel K'inal, Zone Morelia): Als ich mit meinem Vater gearbeitet habe, wurde mir klar, dass sie Knechte waren. Von wem? Nun, von den Viehzüchtern, von den Finqueros. Sie wurden schwer misshandelt und mussten ohne Bezahlung arbeiten. Sie hatten wirklich nichts. Bestenfalls haben sie drei Pesos für sechs Tage Arbeit bekommen.

Ernesto (Kooperative Yachil): Das Leben früher unter den Großgrundbesitzern war von Misshandlungen geprägt. Die Menschen wurden von den Grundbesitzern wirklich herumkommandiert und bevormundet. Sie arbeiteten auf der Finca und wenn sie nicht "gut" gearbeitet haben, wurden sie misshandelt und bestraft. Viele haben sich verschuldet, weil sie von den Großgrundbesitzern zum Schnaps-Trinken verführt wurden.

Abel: Es gab früher viele lokale Machthaber und die Regierung hat unsere Situation überhaupt nicht verbessert. Sie haben uns immer mehr dieser schlimmen Situation ausgeliefert. Aber als der Aufstand 1994 kam, sind wir Armen etwas freier geworden. Und nach 1994 wurde der Kaffee besser bezahlt. Es ist nicht mehr so wie bei meinem Vater und anderen Vorfahren, die schwer misshandelt wurden. Und dass Ihr nun kommt, um unsere Kaffeeproduktion kennenzulernen, bedeutet, dass Ihr uns als Arme und Bäuer*innen wertschätzt. Wir finden es gut, dass die Käufer*innen bis hierher kommen, um uns zu treffen. Zuvor gab es diesen solidarischen Ankauf nicht. Es gab nur diese Diebe aus der Stadt.

⁵ Auf Wunsch unserer Interview-Partner wurden ihre Namen geändert.



Wie funktioniert die Arbeit heute? Welche Bedeutung hat der Kaffee-Handel für die Zapatistas?

Jorge (Kooperative Yachil): Alle Produzent*innen der Kooperative Yachil sind Teil der zapatistischen Bewegung. Die Idee ist, dass wir uns alle gegenseitig unterstützen, sowohl die Kaffeeproduzent*innen als auch allgemein unseren Kampf, wie z.B. die Fortschritte im Bereich der Selbstverwaltungsräte. Dadurch haben wir unter anderem Bildungs- und Gesundheitsprojekte geschaffen. Wir tragen auch Geld dazu bei, durch die Arbeit aller Produzent*innen. In jeder Gemeinde machen wir Sammlungen für verschiedene Arbeitsbereiche wie Gesundheit, Agrarökologie, für alles, das den Fortschritt der Organisation des zapatistischen Kampfes ausmacht. Durch den Kaffee haben uns bereits viele Menschen kennengelernt, nicht nur hier in Mexiko, sondern auch in anderen Ländern wie Deutschland, Italien, Frankreich, Schweiz, dorthin gelangt unser Produkt. Wir schicken auch etwas Kaffee in die USA. Es ist eine solidarische Beziehung, wir verstehen uns untereinander, sowohl die Produzent*innen als auch die Konsument*innen. Sie schätzen unsere Anstrengungen und unsere Arbeit. Wir tauschen uns auch immer gerne über politische Themen aus, wie die Kämpfe bei Euch so sind.

Samuel (Kooperative Yachil): Uns ist auch die Natur sehr wichtig. Für die Kooperativenmitglieder ist es verpflichtend, unsere biologische Anbauweise durchzuführen. Wenn das nicht respektiert wird, arbeiten wir nicht weiter zusammen. Wir machen als zapatistische Kooperativen eigene Kontrollen, zusätzlich zu den offiziellen. Die internen Kontrollen führen immer *compañeros* aus anderen Gemeinden durch, wir sind da strenger als die offiziellen Behörden. Wir haben es im Hochland zum Beispiel auch geschafft, mit agrarökologischen Methoden die Kaffeekrankheit Roya (dt. Kaffeerost) zurückzudrängen. Einige Gemeinden hatten wegen der Roya vor einigen Jahren gar keinen Kaffee mehr.

Oswaldo (Kooperative Yachil): Nestlé und die Regierung haben die Situation der Kaffeekrankheit schamlos ausgenutzt, um den Leuten, die keine Zapatistas sind und die das alles noch nicht so gut verstanden haben, neue Kaffeesetzlinge anzudrehen. Diese Robusta-Kaffee-Sorten sollen in Monokultur angebaut werden. Unsere Arabica-Sorten sind viel ökologischer, sie stehen meistens unter großen Schattenbäumen, da ist die biologische Vielfalt viel größer. Nestlé hat die Leute auch mit Knebelverträgen erpresst, wenn sie nicht genug liefern, dürfen andere ihre Parzelle nutzen.

Ernesto: Wir haben seit der Gründung der Kooperative viel erreicht. Jetzt haben wir ein großes Lager, ein Büro in San Cristóbal, einen großen LKW für den Transport, damit transportieren wir auch Sachen für die Bewegung im Allgemeinen. Außerdem haben wir eine kleine Röstanlage, die nutzen wir für den mexikanischen Markt.

Alfredo (Kooperative Yochin): Ich möchte mich gerne bedanken, dass Ihr bis nach hier gekommen seid, um zu sehen und bei Euch bekannt zu machen, wie die Arbeit von uns ist, damit die Genoss*innen dort sehen, dass die Arbeit ein wenig anstrengend ist. Wir haben mit unserer Kooperative, mit diesem Fundament, angefangen, weil die Kaffeekäufer*innen in Mexiko und hier in Chiapas keinen guten Preis bezahlen. Also haben die Produzent*innen entschieden, diese Kooperative zu gründen, um zu sehen, wie der Unterschied zu Käufer*innen aus anderen Ländern ist, um bei der Bezahlung pro Kilo Kaffee einen Unterschied zu erreichen. Die Situation hat sich sehr verändert, denn die Käufer*innen, zum Beispiel aus Deutschland, sind ganz anders als die Zwischenhändler von hier. Das Kilo wird anders bezahlt und daher sind die Produzent*innen zufrieden und wollen weiter in dieser Kooperative arbeiten, um eine Zukunft zu haben. Der Plan, den wir für die Zukunft haben, ist, diese Kooperative weiter zu betreiben und nicht aufzuhören und falsche Schritte zu gehen, sondern weiter voran zu schreiten, um unseren Kindern und Enkeln eine gute Zukunft zu ermöglichen. Wir sind hier, um ihnen dieses Erbe zu übergeben, und hoffentlich folgen sie diesem Weg, um eine gute Zukunft zu haben.

Jorge: Uns geht es darum, dass es allen besser geht, egal, woher die Leute kommen. Wir freuen uns, dass wir so viele internationale Kontakte haben.

Herzlichen Dank für Eure Zeit und das Gespräch!

Interview: Dorit Siemers und Luz Kerkeling

Viva la autonomía!

Solidarischer Handel mit Kaffee von zapatistischen Kooperativen und der indigenen Bewegung des CRIC aus Cauca/Kolumbien



Olivenöl & Salze von becollective

Bücher & Filme

Seife von vio.me

T-Shirts & Taschen

Tee von ScopTi

Espresso und Filterkaffee aus handwerklicher & kollektiver Trommelröstung

jetzt auch kiloweise bestellbar! (www.la-gota-negra.de)

Kaffee Kollektiv Aroma Zapatista eG

Infos und Online-Shop:

www.aroma-zapatista.de

Mexikanischer Senat verabschiedet Gesetz zur Plünderung der Biodiversität



Das neue Gesetz kann es Unternehmen ermöglichen, die genetischen Ressourcen Mexikos zu patentieren. Foto: Zwischenzeit e.V.

(Mexiko-Stadt, 23. Dezember 2017, La Jornada). Fast am Ende der letzten Sitzungsperiode 2017 und in derselben Marathonsitzung, in der das perverse Gesetz über die Innere Sicherheit verabschiedet wurde, segnete der Senat ebenfalls das Allgemeine Biodiversitätsgesetz ab – so als ob es sich um ein reines geschäftsmäßiges Detail handelte. Doch ganz im Gegenteil ist es ein Gesetz, das eine neue Plattform für die Privatisierung der biologischen Vielfalt errichtet: Es legalisiert den Verkauf und die Patentierung traditionellen indigenen und kleinbäuerlichen Wissens. Zusammengefasst im Terminus „genetische Ressourcen“ legalisiert es die Aneignung von Heilpflanzen, Samen, Insekten, Mikroben und anderen Elementen der Biodiversität durch multinationale Unternehmen. Mehr noch, das Gesetz erlaubt es Bergbau- und Ölunternehmen sowie weiteren hochgiftigen Industrien, sich in Naturschutzgebieten anzusiedeln. Gebieten, bei denen man sich ab jetzt fragen muss: Wovor werden sie geschützt?

Der Entwurf dieses Unsinnsgesetzes wurde von der Senatorin und Unternehmerin Ninfa Salinas von der Grünen Partei Mexikos (PVEM) im Oktober 2016 eingebracht. Bereits damals erntete die Initiative scharfe Kritik von Umweltorganisationen und akademischen Sektoren.

Das stoppte das Verabschiedungsverfahren für einige Monate. Jetzt geht das Gesetz in die Abgeordnetenversammlung zurück. Doch trotz einiger Änderungen weist es schwerwiegende Probleme auf. Es ist ein „Supergesetz“, das das Allgemeine Gesetz über die Flora und Fauna abschafft, weitere Gesetze reformiert und in allen Belangen, die die Biodiversität betreffen – ein Begriff mit breitem Interpretationsspielraum – über dem Gesetz für das Ökologische Gleichgewicht und den Umweltschutz, dem Gesetz über den Klimawandel, dem Gesetz für Nachhaltige Forstwirtschaftliche Entwicklung sowie den Gesetzen über Nachhaltigen Fischfang und Fischzucht sowie Nachhaltige Ländliche Entwicklung steht.

Kollektives Wissen darf nicht privatisiert werden

Einer der zentralen Punkte des Gesetzes ist es, dass es angeblich die Gesetzeslage mit dem Nagoya-Protokoll harmonisieren will. Das Protokoll ist ein Instrument der Biodiversitätskonvention (CBD), das den rechtlichen Rahmen für die Biopiraterie bereitstellt. Denn es erlaubt, die genetischen Ressourcen und das damit verbundene Wissen zu privatisieren und patentieren, wenn es irgendeine Vereinbarung über den Zugang und den „Vorteilsausgleich“ gibt. Dafür muss festgestellt werden, wer diese Ressourcen und das Wissen besitzt.

In der CBD werden „indigene und lokale Gemeinschaften“ anerkannt. Aber für die Mehrheit der indigenen Völker und Organisationen ist das weiterreichende Konzept der „indigenen Völker“ gültig. Andernfalls kann eine einzige Gemeinde einen Vertrag unterschreiben, der es einem Multi erlaubt, Gemeingüter ganzer Völker zu privatisieren. Viele indigene Völker und bäuerliche Organisationen wie die Vía Campesina vertreten die Auffassung, dass alle Ressourcen und alles Wissen kollektives Erbe und Vermögen „der Völker im Dienste der Menschheit“ sind. Darum dürfen sie nicht privatisiert werden, weder mit noch ohne Vertrag.

Das nun vom Senat verabschiedete Biodiversitätsgesetz verletzt alle diese Vorstellungen und geht in die entgegengesetzte Richtung. In seinem Artikel 37 legt es fest, dass die Genehmigungen für den Zugang zu den genetischen Ressourcen vom Ministerium für Umwelt und Natürliche Ressourcen (Semarnat) erteilt werden und dabei „...die Meinungen der zuständigen Behörden und der CONABIO [Nationale Kommission für Biologische Vielfalt] sowie die begründete vorherige Zustimmung und Beteiligung der Eigentümer oder legitimen Besitzer der Grundstücke oder Einrichtungen, wo der Zugang stattfindet, berücksichtigt werden...“.

Das bedeutet, die „begründete vorherige Zustimmung“ gegenüber einem multinationalen Pharma- oder Gentechnikunternehmen, ein aktives Prinzip einer Heilpflanze zu privatisieren, kann beispielsweise von einer einzigen Person unterschrieben werden, die ein Grundstück besitzt oder über eine private Sammlung von Pflanzen oder Samen verfügt. In keinem Teil der Welt existiert ein mit der biologischen Vielfalt verbundenes Wissen, das isolierten Individuen zugeschrieben werden kann.

Das Wissen basiert stets auf kollektiven Geschichten und Prozessen oder ist deren Bestandteil. Gleiches gilt für die „genetischen Ressourcen“: Sie sind stets Erbe der Völker, die sich sogar in mehreren Ländern befinden können.

Umweltministerium auf Seiten der Multis

Dem Gesetz nach werden Zustimmung und Genehmigung, vermittelt über Semarnat, von der Regierung erteilt. Das Ministerium zieht die Meinungen und die Zustimmung anderer „in Betracht“. Anders gesagt, es könnte sie ignorieren, selbst wenn sie sich gegen Genehmigungen richten. Semarnat ist so bereits wiederholt mit den Gutachten der Conabio, der Nationalen Kommission für Naturschutzgebiete (Conanp) und dem Nationalen Ökologie-Institut (INE) verfahren, die sich gegen die Freisetzung von gentechnisch veränderter Soja und von Genmais aussprechen. Semarnat ging sogar noch weiter: Seit vier Jahren schlägt es sich auf die Seite der Multis, um vor Gericht gegen die Kollektivklage von Bürger*innen und Organisationen vorzugehen, aufgrund dessen die Aussaat von Genmais in Mexiko suspendiert ist. Ein schlechter Präzedenzfall: Dieselben Unternehmen – Monsanto, Syngenta, DuPont, Dow – sind mit Sicherheit unter den Interessent*innen, die das Gesetz benutzen wollen, um Zugang zu den genetischen Ressourcen des Landes zu bekommen und sie zu patentieren.

Es gibt einen weiteren gefährlichen Aspekt dieses Gesetzes, das Parteilichkeit zugunsten der Unternehmen aufweist. Die Vereinbarungen für den Vorteilsausgleich, der die Genehmigungen begleitet, sollen „gegenseitig abgemachte Bedingungen“ sein. Das mag vernünftig klingen, ist aber vergiftet verpackt. Der Satz wurde in Verhandlungen im UNO-Rahmen von den Multis zu ihrem Nutzen eingeführt.



grünes blatt
Zeitschrift für Umweltschutz von unten

Herrschaftskritik
Energiekämpfe
Mensch-Tier-Verhältnis
Anti-Knast-Arbeit

Einzelabo 15€, 10er-Abo 60€ / 4 Ausgaben
Gratis-Probeexemplar

mail@gruenes-blatt.de

contraste
zeitung für selbstorganisation
dreimonatiges Schnupperabo für 7,50 €
www.contraste.org

Das Gesetz müsste ohne Mehrdeutigkeiten klar sagen, welche Bedingungen respektiert werden müssen, die das öffentliche Interesse schützen und nicht dem kaufmännischen Verhandlungsinteresse überlassen werden dürfen. Auf gleicher Wellenlänge liegt der Artikel 36. Er befreit (die Unternehmen) davon, für den Ressourcenzugang notwendige Information offenzulegen, wenn diese als geheim angesehen wird, um „die notwendige Vertraulichkeit im Zuge der Rechte geistigen Eigentums zu schützen“. Das Gesetz beinhaltet viele weitere schädliche Elemente. Alle zeigen in dieselbe Richtung: Es gewährt den Multis Straffreiheit für die Kontamination, den Diebstahl und die Privatisierung der biologischen Vielfalt.

Silvia Ribeiro

* Anm. der Redaktion: Wir bedanken uns bei Poonal für die Übersetzung und Zurverfügungstellung des Beitrags. Quelle:
<https://www.npla.de/poonal/senat-verabschiedet-gesetz-zur-pluenderung-der-biodiversitaet/>

LATEIN AMERIKA
// Die Monatszeitschrift **NACHRICHTEN**

PROBE-ABO nur €10,00

Berichte, Interviews, Reportagen ...

zu Politik und Kultur!

www.lateinamerika-nachrichten.de



Coordination gegen BAYER-Gefahren

Gegen die globalen Gefahren und die scheinbare Allmacht des BAYER-Konzerns setzt die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN erfolgreich Aktion, Information und internationale Solidarität. Mehr Infos:

<http://www.cbgnetwork.org>

Stimmen aus Mexiko zum Biodiversitätsgesetz

Carlos H. Avila-Bello, Union der Wissenschaftler*innen, die sich der Gesellschaft verschrieben haben (UCCS)⁶



Wie beurteilt ihr als UCCS das Biodiversitätsgesetz ?

Als UCCS haben wir uns gemeinsam mit anderen Wissenschaftler*innen und auch Teilen der Zivilgesellschaft von Beginn an gegen das Gesetz gestellt, weil es keine wirkliche, umfassende Konsultation mit

den Menschen gab. Es gab eine Befragung im Internet, es wurde eine Anlaufstelle in der Senatskammer eröffnet und es gab auch eine kleine Konsultation, wie sie es nannten, aber als Zielgruppen wurden Gemeinden eingeladen, die bereits von den Vorteilen des Allgemeinen Biodiversitätsgesetzes und vor allem von der Anwendung des Nagoya-Protokolls überzeugt waren, dass das Hauptziel dieser Initiative ist. Senatorin Ninfa Salinas sagte es sehr deutlich im Rahmen der Präsentation der Initiative: die Gründe, warum sie dieses Gesetz vorantreibt, liegen in der Anwendung des Nagoya-Protokolls in Mexiko.

Es gibt bei vielen Artikeln sehr gravierende Änderungen, in den Artikeln 52, 53, 54, 55 des Allgemeinen Gesetzes zum ökologischen Gleichgewicht wird bspw. über Heiligtümer und Naturschutzgebiete gesprochen und dass sie *ausschließlich* oder *nur* für die Erhaltung, Forschung, etc. genutzt werden dürfen. Im Allgemeinen Biodiversitätsgesetz ändern sich die Wörter *nur* oder *ausschließlich* in *Priorität*, was die Tür zu vielen Dingen öffnet: von der Sammlung von Genen, über die wahllose Jagd auf Vögel, Sittiche oder Aras, die am meisten gefährdet sind, bis hin zur Sammlung von traditionellem Wissen usw.

Auch das Thema der Nachhaltigkeit wird im gesamten Gesetz nicht klar angesprochen. Welche eigentlichen Interessen hat Ninfa Salinas? Wenn wir sehen, dass sie sich auch mit Fragen des Bergbaus, der Konzessionen für den Tagebau befasst hat. Und was im Biodiversitätsgesetz auch nicht klar wird: Wie sollen die Naturschutzgebiete vor dem Bergbau geschützt werden?

Deshalb ist dieser Wechsel von *nur* oder *exklusiv* zu *Priorität* erschreckend, denn dann kann man sagen: „Ja, aber wenn sie ein wenig Gold abbauen, ein paar andere Mineralien oder Gas mit Fracking gewinnen“, wie es in der Sierra de Santa Martha im Biosphärenreservat geschieht, dann ist das kein Problem.

Das Ganze ist also sehr gefährlich, deshalb sollte dieses Gesetz zuerst gestoppt, gründlich diskutiert und alle Positionen angehört werden.

Claudia Ramos Guillén, *Organisation Otros Mundos A.C./ Amigos de la Tierra México*

Welche Motivation, welche Interessen stecken hinter dem Allgemeinen Biodiversitätsgesetz?

Ich denke, wir müssen dieses Interesse in zweierlei Hinsicht verstehen. Seit der 13. Vertragsstaatenkonferenz zur



Biodiversitätskonvention (COPs⁷) 2016 in Cancún, engagiert sich Mexiko sehr stark bei den Prozessen in Hinblick auf dieses 'grüne' Wirtschaftsmodell. Dieses neue Erscheinungsbild wurde erarbeitet, damit Industrieländer des globalen Nordens in Ländern des globalen Südens Klimaschutzprojekte entwickeln können. Auf der einen Seite wird Mexiko damit als einer der Hauptakteure in Bezug auf die Entwicklung solcher Projekte angesehen, und wir sollten auch daran erinnern, dass Mexiko ein Land ist, das sämtliche Abkommen unterzeichnet, alle Abkommen über Menschenrechte und den Schutz der indigenen Bevölkerung und in diesem Sinne, im Zuge der grünen Positionierung Mexikos, eben auch Verhandlungsprozesse unterzeichnet.

Auf der anderen Seite gibt es in Mexiko ebenso wie in Ecuador, Brasilien und Peru die größten Ökosysteme. Lateinamerika gilt als eine der arten-reichsten Regionen der Welt, so dass viele indigene Gemeinschaften in diesen Wäldern und verschiedenen Ökosystemen leben. Man hat also die Verknüpfung zwischen dem, was man als günstiges Umfeld für die Entwicklung von Biodiversitätsprojekten bezeichnen kann und dem neuen Gesetz zur grünen Wirtschaft mit all seinen Abkommen und internationalen Ebenen, hinter denen offensichtlich finanzielle Mittel stehen, für die die Politik angepasst und rechtliche Rahmenbedingungen geändert werden müssen.

Die Schaffung des Allgemeinen Biodiversitätsgesetzes steht ja im Kontext mit der Einführung des Nagoya-Protokolls⁸ in Mexiko. Kannst du bitte auf diese Dimension und eure Kritikpunkte eingehen?

Wir sehen, dass das Nagoya-Protokoll in seiner Strukturierung stetig die Idee eines wirtschaftlichen Mehrwertes vorantreibt, die Idee von Verhandlungsmöglichkeiten über die Nutzung der biologischen Vielfalt und des damit verbundenen traditionellen Wissens. Das ist einer der grundlegenden Kritikpunkte, denn für uns steht das Teilen mit den indigenen

7 Engl.: *conference of the parties*, COP), höchstes Organ der Biodiversitätskonvention (CBD)

8 Engl.: *Nagoya Protocol on Access to Genetic Resources and the Fair and Equitable Sharing of Benefits Arising from Their Utilization*.

6 Span.: UCCS: La Unión de Científicos Comprometidos con la Sociedad.

Gemeinschaften und Gemeinden im Zentrum. Es gibt also verschiedene Konzepte hinsichtlich dessen, was als Biodiversität bezeichnet wird – aus dem Blickwinkel der indigenen Gemeinschaften und der Dörfer, in Bezug auf die Formen des Austausches, die es in den Gemeinden gibt oder auch auf die Frage, wem das Wissen über die Verwendung einer Heilpflanze gehört.

Wir sehen das sehr kritisch, zusammen mit all den Erfahrungen, bei denen Forschungssysteme an große Unternehmen verkauft wurden, und wo wir in der Vergangenheit gesehen haben, dass das nicht funktioniert hat. Wir könnten Hunderte von Beispielen nennen für den Missbrauch des Wissens indigener Gemeinschaften, für die Privatisierung des Wissens, bis hin zu Patenten auf die Nutzung einer Pflanze und ihrer genetischen Eigenschaften. Dies sind Diskussionen, die sich zwangsläufig mit ethischen Fragen befassen und natürlich mit Fragen, die mit dem Leben und unserer Entwicklung als indigene Gemeinschaften zu tun

haben. Sie haben also gegensätzliche Logiken, die u.a. im Rahmen des CBD und deren Vertragsstaatenkonferenzen versucht werden zu diskutieren.

Allerdings ist das sehr kompliziert, wenn ein großer Teil der Gemeinschaften nicht einbezogen sind, nicht einmal ihr Blickwinkel. Wir sehen all die Erfahrungen und diese enormen Risiken in Bezug darauf, dass die Vertragspartner, d. h. die Länder, darüber entscheiden, wer im Zusammenhang mit diesem Abkommen in den Prozess der Erlangung monetärer und nicht-monetärer Vorteile eingebunden wird. Sie lassen also die gesamte Bevölkerung aus diesen Prozessen heraus. Das heißt, sie beschäftigen sich mit wirklich sehr schwierigen Themen, und in Mexiko gibt es keine Konditionen, um das auf eine Weise umzusetzen, die die kollektiven Rechte der Bevölkerungsgruppen weder beeinträchtigt noch verletzt.

Interviews: *momo* alegrerebeldiafilmsblog.wordpress.com

Mexiko: Wasserprivatisierung per Präsidentenerlass

Über den erdrutschartigen Wahlsieg Lopez Obradors wurde bereits viel berichtet. Auch wurde fleißig spekuliert, ob er die hohen Erwartungen seiner Wähler*innen erfüllen kann: Alle von seinem Vorgänger Peña Nieto eingeleiteten neoliberalen Reformen wieder rückgängig machen wird AMLO wohl nicht. Soviel ist aus Kreisen seines neuen Kabinetts schon zu vernehmen gewesen. Damit dies auch wirklich nicht geschieht, schafft die abgewählte Regierung vor Ende ihrer Amtszeit noch unumkehrbare Fakten. Mit einem Präsidentenerlass sorgte der scheidende Präsident Peña Nieto dafür, dass für 40 Prozent der Wasservorkommen des Landes Konzessionen vergeben werden können und umgeht damit die starke Opposition gegen das neue Allgemeine Wassergesetz. Viele der betroffenen Reservoirs befinden sich auf indigenem Territorium in unmittelbarer Nähe von Bergbau- oder Fracking-Aktivitäten. Somit werden die Rechte der indigenen Bevölkerung auf Bestimmung über die natürlichen Ressourcen auf ihrem Land weiter eingeschränkt. Ob AMLO das so einfach per Präsidentenerlass wieder rückgängig machen kann und will, wird sich nach seiner Amtseinführung im Dezember zeigen.

*Knut Hildebrandt, Juli 2018 * www.npla.de*

Statement zum Wahlausgang in Mexiko

(Aachen/ Stuttgart/ Berlin, 2. Juli 2018) Der neue Präsident Mexikos, Andrés Manuel López Obrador, hat mit dem Versprechen die Wahl gewonnen, Korruption abzuschaffen und den Drogenkrieg zu beenden. Die Bevölkerung und zivilgesellschaftliche Organisationen erwarten nun konkrete

Fortschritte hinsichtlich der katastrophalen Menschenrechtslage in ihrem Land: „Die neue Regierung muss eine reformierte, unabhängige Staatsanwaltschaft einrichten, die die schweren Menschenrechtsverbrechen juristisch aufarbeitet, die seit dem 2006 ausgerufenen ‚Krieg gegen die Drogenkartelle‘ das Land bestimmen. Das sind Obrador und die mexikanische Regierung den Angehörigen von mehr als 37.000 Verschwundenen, Gefolterten, Entführten sowie 240.000 Toten schuldig,“ so Carola Hausotter, Koordinatorin des Netzwerks DMRKM. Darunter sind auch tausende Journalisten und Journalistinnen: In keinem anderen Land der Welt werden derzeit so viele Medienschaffende ermordet wie in Mexiko. In 99 Prozent der Fälle bleiben Taten gegen sie straffrei. Aus Perspektive der Menschenrechte sind grundlegende strukturelle Änderungen nötig, um der hohen Straflosigkeit und Korruption entgegenzuwirken. Mario Patrón, Direktor der MISEREOR-Partnerorganisation Centro PRODH, dazu: „Das kürzlich erlassene ‚Sicherheitsgesetz‘ hat durch eine massive Militarisierung bestehende Gewaltstrukturen gefestigt statt durchbrochen. Es muss wieder außer Kraft gesetzt werden. Zudem sollte eine Wahrheitskommission eingerichtet werden, die den vielen Gewaltopfern im Land die Möglichkeit auf Wahrheitsfindung und Wiedergutmachung ermöglicht.“ [...]

„Die Einrichtung eines ‚Internationalen Mechanismus zur Bekämpfung der Straflosigkeit‘ könnte entscheidende Impulse zu konkreten Verbesserungen der Menschenrechtssituation geben. Dieser Vorschlag sollte noch 2018 vor dem Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen diskutiert werden“, so Susanne Breuer, MISEREOR-Expertin für Lateinamerika. „Auch Deutschland und Europa pflegen enge Handelsbeziehungen mit Mexiko: Wir hoffen, dass sich Bundesregierung und Europaparlament deutlich stärker für rechtsstaatliche Reformen einsetzen und nicht nur Handelserleichterungen in den Blick nehmen.“

Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko (DMRKM)
www.mexiko-koordination.de

Menschenrechtsarbeit in Guatemala

CAREA e.V. ist Mitglied des Internationalen Begleitprojekts ACOGUATE und bereitet in Deutschland die Freiwilligen auf ihren Einsatz in Guatemala vor. Das diesjährige Vorbereitungsseminar findet vom 13. bis 16. Dezember 2018 bei Kassel statt. Eine Teilnahme ist Voraussetzung für die Begleitarbeit in Guatemala, verpflichtet aber keineswegs zur Ausreise. Während des Aufenthaltes stellt ACOGUATE eine Unterkunft und ein kleines Taschengeld. CAREA e.V. kann bei Bedarf den Flug bezuschussen. Ebenso kann der Projekteinsatz für Student*innen oft als Praktikum angerechnet werden.

2. Rundbrief von Lennart, der von Oktober 2017 bis Mai 2018 im Begleitprojekt in Guatemala war. Das Verfassen derartiger Briefe gehört neben vielen anderen Aufgaben zum Freiwilligeneinsatz und dient der Information über aktuelle Entwicklungen in Guatemala und im Begleitprojekt.

[...] Mittlerweile bin ich gut im Projekt angekommen und habe mich in meinem neuen Alltag eingelebt. Anders als von mir erwartet, bestand ein großer Teil meiner bisherigen Arbeit in Bürotätigkeiten und Besprechungen mit anderen Menschenrechtsorganisationen in Guatemala Stadt. Während die anderen Teams Rundreisen von bis zu 3 Wochen haben, gibt es im Team Orient meist nur zwei- bis dreitägige Reisen. Das liegt vor allem daran, dass die von uns besuchten Gemeinden und Organisationen selten weiter als 4-6 Stunden Fahrtzeit von Guatemala Stadt entfernt sind. Die anderen Teams hingegen sind bis zu 2 Tage unterwegs, um eine Gemeinde zu besuchen, so dass sich eine häufige Rückkehr für sie nicht lohnt und sie kleine Büros in der Region nutzen.

Im Team haben wir im Wesentlichen drei Fälle, die wir begleiten. Da ist zunächst die Silbermine El Escobal, gegen welche die vorwiegend von der Landwirtschaft lebende Bevölkerung bereits seit 2010 ihren Protest organisiert, da sie schädliche Umwelteinflüsse der Silbermine fürchten. Seit Juni 2017 ist die Abbaulizenz auf Grund eines Urteils des Obersten Gerichtshofes vorläufig suspendiert und die Arbeiten in der Silbermine ruhen. Ebenfalls seit Juni blockiert die örtliche Bevölkerung die Zufahrtsstraße zu der Silbermine für Kraftstofftransporte, um die Suspendierung der Mine auch faktisch durchzusetzen. Seit November 2017 ist zudem eine Entscheidung des Verfassungsgerichts über die Suspendierung der Abbaulizenz überfällig, da das Gericht die gesetzliche Entscheidungsfrist hat verstreichen lassen. Daher haben die Gegner der Silbermine Anfang November eine Mahnwache vor dem Verfassungsgericht in Guatemala Stadt begonnen, welche sie seitdem aufrecht erhalten. Die Mahnwache, die wir fast täglich besuchen, ist zugleich einer der wesentlichen Gründe dafür, dass wir besonders viel Zeit in der Hauptstadt verbringen.

Die Betreiber der Silbermine üben ihrerseits mit Öffentlichkeitskampagnen Druck auf das Verfassungsgericht aus, indem sie auf die hohen Steuerausfälle für den Staat hinweisen. Tatsächlich beträgt der gesetzliche Steuersatz im Bereich des Bergbaus lediglich 1 %, während in anderen lateinamerikanischen Ländern zumeist Steuern in Höhe von 30-38% anfallen. Daneben fallen für die Silbermine lediglich geringe Konzessionsgebühren an. Abzüglich aller Kosten bringt

es die Silbermine daher auf über 60 % Gewinnanteil je geförderter Silberunze. Die Hoffnung, dass diese Gewinne bald wieder fließen, ist wohl auch der Grund, warum die Deutsche Bank und die Commerzbank noch immer bedeutende Anteile an dem Betreiber der Mine Tahoe Resources Inc. halten, obwohl das Unternehmen in der Kritik steht, für diverse Menschenrechtsverletzungen verantwortlich zu sein. Seit Beginn des Widerstandes gegen die Mine wurden zahlreiche Personen, die sich dagegen engagiert haben, getötet. Auch die Sicherheitskräfte der Silbermine waren direkt an Angriffen beteiligt. Im April 2013 schossen die Sicherheitskräfte auf die Teilnehmer*innen einer friedlichen Demonstration und verletzten 6 Personen zum Teil schwer. Der damalige Sicherheitschef Alberto Rotondo, der die Schüsse angeordnet hatte, floh nach Peru und wartet dort derzeit auf seine Auslieferung.

Der Fall ist auch aus juristischer Sicht relevant, da es in der anhängigen Verfassungsbeschwerde um die Frage geht, welche Auswirkung die fehlende Bürger*innenbeteiligung der indigenen Bevölkerung in der Form einer vorherigen Volksbefragung, der sogenannten „consulta“, hat. Nach der von Guatemala ratifizierten Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) besteht eine Verpflichtung des Staates, eine entsprechende Bürger*innenbeteiligung durchzuführen, wenn ein Vorhaben das Territorium einer indigenen Gemeinde tangiert. Vorliegend hat das Ministerium für Bergbau und Energie eine solche mit der Begründung abgelehnt, dass in dem gegenständlichen Gebiet keine indigene Bevölkerung vorhanden sei. Mittlerweile haben die dort lebenden Xinka die Anerkennung ihrer Existenz erfolgreich vor den guatemalteckischen Gerichten eingeklagt und fordern nun die Anerkennung ihres Rechts auf eine Bürger*innenbeteiligung ein. In den meisten Gemeinden haben sie daher bereits eigenständig entsprechende Volksbefragungen durchgeführt, die außer in einer Gemeinde eine Ablehnung der Silbermine bestätigten (94-99% der Teilnehmer*innen sprachen sich gegen die Silbermine aus.



www.amerika21.de

Der zweite von uns begleitete Fall ist ein Zusammenschluss mehrerer indigener Gemeinschaften, welche für die Anerkennung ihrer historischen Territorien kämpfen, die ihnen die örtlichen Großgrundbesitzer streitig machen. Die Strategie der Großgrundbesitzer besteht dabei in der Regel aus einer Mischung aus direkter Gewalt gegen die Bevölkerung und einer Kriminalisierung mit Hilfe korrupter Organe der Strafverfolgungsbehörden.

Im Fokus ist dabei die Gemeinde Corozal Arriba, in die im Juni 2013 fünf bewaffnete Personen eindrangen, drei Bauern töteten und zwei weitere verletzten. Bei der Abwehr des Angriffes wurde auch einer der Angreifer getötet. Die Angreifer kamen nach der Einschätzung der Gemeinde im Auftrag einer Großgrundbesitzerin, mit der die Gemeindemitglieder in einen Landkonflikt stehen. Die Großgrundbesitzerin hatte bereits im Jahre 2012 mehrere Personen der Gemeinde wegen Usurpation (widerrechtliche Besitzanmaßung an fremdem Land) angezeigt. Die kriminalisierten Dorfbewohner*innen verbrachten hierauf einige Zeit in Untersuchungshaft, bis sie nachweisen konnten, dass es sich um ein Territorium der Gemeinde handelte. Bezüglich des Angriffes auf die drei getöteten Bauern hat die zuständige Staatsanwaltschaft bisher keine Ermittlungsergebnisse erzielt. Vielmehr arbeitet einer der ehemals zuständigen Staatsanwälte nunmehr als Rechtsanwalt für die Großgrundbesitzerin.

Im Gegensatz hierzu wurden in dem Fall des getöteten Angreifers bereits im vergangenen Februar 17 Haftbefehle gegen Mitglieder der angegriffenen Gemeinde ausgestellt, von denen bereits sieben vollstreckt wurden. Die ersten beiden Verhafteten waren der indigene Bürgermeister und der

indigene Schatzmeister der angegriffenen Gemeinde. Sie wurden bereits im Mai 2017 festgenommen und warten seitdem auf den Beginn ihres Gerichtsverfahrens, welches voraussichtlich erst im Mai stattfinden wird. Gemeinden wie diese gibt es im ganzen Land. Mit einer Mischung aus Korruption und Straflosigkeit versuchen die Großgrundbesitzer ihre Ansprüche an den Territorien durchzusetzen und die indigene Bevölkerung zu vertreiben. So wurden auch oftmals mit Hilfe korrupter Anwälte, Grundbuchbeamter und gefälschter Kaufverträge, Ländereien einfach auf den eigenen Namen umgeschrieben.

In unserem dritten Fall begleiten wir eine Gemeinde, die von dem Genozid an den indigenen Völkern während des bewaffneten internen Konflikts in Guatemala betroffen war. In dem Fall warten wir gemeinsam mit der Gemeinde darauf, dass der Fall endlich vor den Gerichten verhandelt wird. Wann dies der Fall ist, hängt von der Motivation der Richter und Staatsanwälte ab.

Daneben begleiten wir alle gerade abwechselnd die aktuellen Genozidverfahren gegen Efraín Ríos Montt und Mauricio Rodríguez Sánchez. Das Verfahren gegen Ríos Montt findet, wegen seines vermeintlich schlimmen Gesundheitszustands (er soll an Demenz leiden), unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, obgleich der Angeklagte selbst von seiner Anwesenheitspflicht entbunden wurde. Wir begleiten daher lediglich die öffentlichen Verhandlungen gegen den zweiten Angeklagten. [...] Hoffentlich haben wir bis dahin unsere politischen Gefangenen befreit, die Silbermine dauerhaft geschlossen und Ríos Montt und Rodríguez Sánchez ins Gefängnis verabschiedet.

Bis denn... **Lennart**

Europaweites Solidaritäts-Netzwerk für Honduras gegründet

„Wir haben uns getroffen, um unsere tägliche Arbeit zu Honduras zu organisieren und unser Handeln auf europäischer Ebene zu stärken. Darüber hinaus werden wir gemeinsam unsere Stimme erheben, um Gerechtigkeit für Berta und Freiheit für Edwin Espinal und alle politischen Gefangenen zu fordern!“

Vom 15. bis zum 17. Juni 2018 trafen sich in Berlin erstmals Kollektive und Organisationen aus Spanien, Italien, Frankreich, der Schweiz, Norwegen, Deutschland und hier lebende Honduraner*innen, um ein europäisches Solidaritäts-Netzwerk mit den Menschen aus Honduras zu gründen, die sich gegen die neoliberale und menschenrechts-verachtende Politik in ihrem Land zur Wehr setzen.

Europäische Regierungen arbeiten trotz der anhaltenden Repression mit der honduranischen Regierung zusammen und europäische Unternehmen machen Geschäfte auf Kosten von Menschenrechten, finanziert auch von europäischen Entwicklungsbanken. In ihrer Presseerklärung kündigt das Netzwerk an, basierend auf den engen Verbindungen mit Organisationen, Kollektiven und Netzwerken in Honduras, dem von Europa aus gemeinsam etwas entgegen-zusetzen: Mittels juristischer Mittel, Öffentlichkeitsarbeit, Delegationsreisen zur Beobachtung der Menschenrechte, Rundreisen mit Aktivist*innen aus Honduras sowie parlamentarischer Arbeit, damit in Honduras die Menschenrechte, die Freiheiten und universellen Garantien eines Rechtsstaates, die Rechte der

Feminist*innen, der LGBTI-Gemeinschaften, der indigenen Gemeinschaften und der Mutter Erde geachtet werden.



"Freiheit für Edwin Espinal und alle politischen Gefangenen"

Mehr Informationen zu Honduras:
hondurasdelegation.blogspot.com

Nicaragua zwischen politischem Aufbruch und Angst

Seit Mitte April spitzen sich die Auseinandersetzungen in Nicaragua zu, täglich sind neue Todesopfer zu beklagen. Präsident Ortega und Vizepräsidentin Murillo setzen auf Repression und darauf, dass der Protestbewegung die Luft ausgeht. Diese wiederum setzt alles daran, das Präsidentenpaar zum Rücktritt zu zwingen und den Weg für einen politischen Neuanfang frei zu machen. Wer sind die Akteur*innen im aktuellen Konflikt in Nicaragua, was treibt sie an und wofür stehen sie? Darüber sprach Gert Eisenbürger mit Prof. em. Manfred Liebel. Der Soziologe, der während seines Studiums in den 1960er-Jahren Bundesvorsitzender des „Sozialistischen Deutschen Studentenbundes“ (SDS) war, hat zwischen 1989 und 1996 in Nicaragua gelebt und ist gerade von einer mehrwöchigen Reise aus dem mittelamerikanischen Land zurückgekehrt. Auszüge aus einem Interview mit Professor Manfred Liebel über die derzeitige Lage in Nicaragua, das im Juli 2018 in der Ausgabe 417 der ILA erschienen ist.



"Ein freies Nicaragua! Keine Repression mehr!"

Du kommst gerade aus Nicaragua. Wie hast du die Lage dort erlebt?

Ich hatte den Eindruck, dass da etwas Historisches passiert. Ich habe einiges mitbekommen und vor allem mit vielen Leuten gesprochen, sowohl solchen, die ich schon aus den 80er- und 90er-Jahren kannte, als auch mit ganz jungen Leuten. Viele meiner älteren Gesprächspartner*innen waren früher eng mit dem Sandinismus verbunden, sehen inzwischen die Regierung Ortega/Murillo aber sehr kritisch, einige wenige halten ihr weiterhin die Treue. Bei fast allen gab es eine große Unzufriedenheit, vor allem über die Korruption und die Tatsache, dass alle staatlichen Institutionen völlig der Regierungspartei FSLN⁹ untergeordnet werden. Doch der entscheidende Punkt war die Repression gegen die ersten friedlichen Proteste, die viele Leute empört und sie in kurzer Zeit dazu gebracht hat, sich der Protestbewegung anzuschließen. Insgesamt war mein Eindruck, dass bei den meisten Leuten, mit denen ich reden konnte, das Ganze nicht als anti-

sandinistisch verstanden wurde, sondern als Protest gegen das Regime Ortega/Murillo und deren Günstlinge. Viele sprechen heute vom *Orteguismo* oder *Danielismo*, den sie fundamental kritisieren und dem gegenüber sie grundlegende Änderungen einfordern.

Wer genau sind die Leute, die heute auf die Straße gehen? Und haben sie über die Parole „Ortega muss weg“ hinaus gemeinsame politische Ziele?

In dem Prozess haben die Studierenden und später auch die Campesinos aus der Antikanal-Bewegung¹⁰ eine vorantreibende Rolle gespielt. Bei den Studierenden war das eine ganz spontane Sache. Es gab vorher schon Unzufriedenheit mit der Regierung und auch in jüngerer Zeit einige Dinge, die für Empörung an den Unis gesorgt haben, etwa eine Initiative der Vizepräsidentin und Präsidentengattin Rosario Murillo zur „Regulierung“ oder, wie es hieß, „Reform“ des Internet oder die späte Reaktion der Regierung auf den Großbrand im Biosphärenreservat Indio Maíz Anfang April. Aber letztlich war die Explosion spontan und es gab zunächst keine klaren Vorstellungen, was man konkret erreichen wollte. Das ist auch nach wie vor ein Problem. In der Protestbewegung haben sich inzwischen sehr verschiedene Gruppen vereint, die ganz unterschiedliche Interessen und Vorstellungen haben. Als gemeinsame Ziele werden Demokratisierung und Gerechtigkeit genannt. Aber schon beim Thema Gerechtigkeit stellt sich die Frage, was damit gemeint ist. Wird es nur verstanden als Bestrafung der Schuldigen für die Toten und Verletzten, was ich wichtig finde, also im Sinne einer vergeltenden Justiz, oder wird das auch verstanden im Sinne sozialer Gerechtigkeit, das heißt, auch eines Umbaus der Gesellschaft, der nicht einfach dazu führt, dass sich der Neoliberalismus in anderer Form wieder behauptet.

Das Problem der Heterogenität der Bewegung wird noch dadurch zugespitzt, dass die Akteur*innen, und hier vorwiegend die Studierenden, derzeit so bedroht sind – auch in ihrem Leben – dass sie praktisch gezwungen sind, sich klandestin zu verhalten, also sich zu verstecken. Dadurch wird natürlich die Kommunikation mit den anderen, was bisher die Stärke der Protestbewegung war, immer neue Ansätze zu diskutieren und die eigenen Ziele zu konkretisieren, erheblich erschwert. Das führt dazu, dass immer mehr Leute von außen kommen, zum Teil auch aus dem Ausland, und versuchen die Leute zu beeinflussen und ihnen zu erklären, was sie eigentlich wollen sollten.

Bei dem ersten Nationalen Dialog sind die studentischen Vertreter*innen sehr entschieden aufgetreten und haben auch ein klares Bild von den Gründen ihrer Proteste vermittelt. Eine solche öffentliche Präsenz ist derzeit wegen des Drucks und der erzwungenen Klandestinität kaum noch möglich; es können also keine Personen mehr sichtbar werden, die für die

9 FSLN: Frente Sandinista de Liberación Nacional, dt.: Sandinistische Nationale Befreiungsfront.

10 Soziale Bewegung gegen den Bau des Interozeanischen Kanal von Nicaragua

weitere Entwicklung Verantwortung übernehmen können oder eine Perspektive repräsentieren. Die konkreten Aktionen wie Blockaden, Straßensperren oder Streiks sind wichtig, verbrauchen sich aber mit der Zeit, weil sie nur Dinge verhindern, aber keine Alternative vorbereiten.

Im Vergleich zur grassierenden Gewalt in El Salvador, Guatemala, Honduras und zunehmend auch in Costa Rica galt Nicaragua trotz des zunehmenden Autoritarismus und der Korruption der Ortega-Regierung bis jetzt als relativ friedlich und sicher... Warum ist diese vermeintliche Stabilität binnen weniger Wochen zusammengebrochen?

Diese scheinbare Stabilität der letzten elf Jahre basierte auf dem korporativen Charakter des Regimes. Die Regierung Ortega hat einerseits die Unternehmer kooptiert, indem sie ihnen die Möglichkeit gab, immer weiter Profite zu machen. Andererseits hat sie beträchtliche Teile der Bevölkerung durch die Sozialprogramme eingebunden und dadurch, dass die Schulen und die Gesundheitsversorgung für viele Nicaraguaner*innen gratis sind, was allerdings nicht für die Medikamente gilt. Das System Ortega basierte also darauf, dass unterschiedliche Gruppen und Interessen bedient wurden, solange sie die Regierung nicht kritisierten. Wenn man aufmuckte, wurde man von Zuwendungen ausgeschlossen und konnte schnell den Job verlieren. Bis Mitte April war man aber nicht physisch bedroht wie etwa in Guatemala oder Honduras. Das alles führte dazu, dass viele Leute sich wohl verhalten haben.

Zur Anmerkung bezüglich der Polizei möchte ich auf eine Entwicklung hinweisen, die bisher wenig reflektiert wurde. Die nicaraguanische Polizei hat zwar eine gewisse Professionalität entwickelt, die vor allem erreicht wurde, bevor Daniel Ortega wieder an die Macht kam. Nachdem er erneut Präsident wurde, hat er sich die Polizei untergeordnet. Dort sind dann mafiöse Strukturen entstanden. Dazu gehörte auch die Neudefinition von bestimmten Programmen zu Jugendbanden, die eigentlich ziemlich gut waren. Anders als in den Nachbarländern hat man in Nicaragua auf die Pandillas¹¹ nicht nur mit harter Hand reagiert, sondern ihnen auch Angebote zur Integration gemacht. Aber in der Ortega-Ära wurde gezielt versucht, diese subproletarischen Jugendlichen in repressive Strukturen einzubinden und sich zunutze zu machen. Und genau von diesen Gruppen gingen in den letzten Wochen viele Gewaltaktionen gegen die Protestbewegung aus.

Der scheinbar abrupte Ausbruch der Proteste in den letzten Wochen hängt meines Erachtens damit zusammen, dass sich in den letzten Jahren viel Frust und Unzufriedenheit aufgestaut hat. Es gab zwar immer wieder Proteste, die aber, weil sie sehr punktuell waren, immer schnell erstickt werden konnten, indem man die Leute bedroht und eingeschüchtert hat, ohne sie gleich umzubringen. Diesmal kam es nach der versuchten Erhöhung der Rentenbeiträge bei gleichzeitiger Senkung der Renten am 18. April zu der ersten, noch vergleichsweise kleinen, Demonstration. Wie üblich hat man versucht, sie repressiv aufzulösen, nur gab es dabei diesmal, wahrscheinlich unvorhergesehenerweise, Tote. Das hat die Studierenden

massiv provoziert und dazu geführt, dass sich innerhalb weniger Tage aus kleinen Protestaktionen ein breiter Massenprotest entwickelt hat. Damit hat auch die Antikanalbewegung der Campesinos, die sich in den letzten Jahren immer mehr ausgedehnt hatte (vgl. ila 415), aber bisher noch keinen Zugang nach Managua gefunden hatte, Alliierte in der Stadt gefunden und beteiligte sich an den Protesten. So wurde die Bewegung in kurzer Zeit zu einem Machtfaktor.



Gibt es innerhalb der FSLN¹² eine Opposition, die möglicherweise eine konstruktive Rolle spielen könnte, oder ist die Partei völlig auf Linie von Ortega?

Ich sehe es so, dass die Partei zerstört ist, es kein Parteileben mehr gibt. Das ist auch die Einschätzung meiner Gesprächspartner*innen. Die Leute, die die FSLN noch darstellen, sind Funktionäre, Leute, die vom Regime profitieren. Es gibt natürlich die hauptamtlichen politischen Sekretäre, aber es gibt keine politischen Diskussionen und inhaltlichen Auseinandersetzungen mehr in der Partei. Oscar-René Vargas, einst prominenter Sandinist, der noch 2006 maßgeblich den Wahlkampf von Ortega organisiert hat, inzwischen aber einer seiner scharfen Kritiker ist, spricht von vielleicht 1000 Leuten, die noch bei der FSLN seien. Da ist es kaum realistisch, dass es eine Opposition gäbe, die in der Lage wäre, Ortega und Murillo zu stürzen. Sicher ist Rosario Murillo auch bei diesen verbliebenen FSLN-Kadern total unbeliebt, aber das heißt nicht, dass die gegen sie und ihren Mann aktiv würden.

Aber es gibt im Umfeld der Protestbewegung viele Leute, die weiterhin Sympathien für die Revolution und den Sandinismus haben und die lange auch in der FSLN eine positive Kraft gesehen haben. Viele der heute aktiven Studierenden sind Kinder der Revolution. Ihre Eltern waren früher oft aktive Sandinist*innen oder Leute, die in der Revolution ihre Erfahrungen gemacht und sich damit identifiziert haben. Einer der Sprecher der Studierenden, der bei der ersten Runde des Nationalen Dialogs eine beeindruckende Rede gehalten und Ortega Paroli geboten hat, heißt Lesther Lenin Alemán. Eltern, die ihrem Kind den Vornamen Lenin gegeben haben, mussten schon sehr über-zeugt von Revolution und Sozialismus gewesen sein. Viele der Studierenden und Campesinos sagen

¹¹ organisierte Jugendbanden

¹² Regierungspartei

auch, die Partei dürfe Sandino nicht für sich monopolisieren.

Deshalb pinseln sie die schwarz-roten Sandino-Denkmäler, die überall rumstehen, in den Nationalfarben blau-weiß an. Die wollen sich den Sandino wieder aneignen.

Die letzte Frage ist sehr schwierig und auch nur spekulativ zu beantworten. Welche Perspektiven siehst du für Nicaragua?

Das ist fast unmöglich zu beantworten. Das Szenario eines Bürgerkriegs habe ich ja eben schon angesprochen. Aber noch bin ich optimistisch, dass sich aus der sehr heterogenen, gleichzeitig aber unheimlich spannenden Bewegung neue Kräfte und Formen der Selbstregierung entwickeln. Die müssen aber transformiert werden in eine Koordination und es müssen sich weithin anerkannte Leute finden, die dann auch sichtbar werden und Führungsaufgaben übernehmen könnten. Es ist schwer abzuschätzen, ob das möglich sein wird, da das Regime ja derzeit darauf abzielt, solche potenziellen Führungskader physisch zu vernichten.

Es gibt aber auch Leute, die breit anerkannt und auch beim Nationalen Dialog als Vertreter*innen der Zivilgesellschaft aufgetreten sind. Eine ganz wichtige Persönlichkeit ist zum Beispiel Carlos Tünnermann, der inzwischen über 80 Jahre alte ehemalige sandinistische Erziehungsminister aus den 80er-Jahren, oder bekannte Frauen wie Francisca Ramírez und Mónica Baltodano. Solche Leute könnten in einer Übergangsregierung sicherlich Aufgaben übernehmen.

Interview: Gert Eisenbürger, ILA, Juni 2018

Da die Rolle der Frauen innerhalb der sozialen Bewegungen im Mittelpunkt dieser Ausgabe steht, möchten wir an dieser Stelle noch einen kleinen Auszug aus dem Interview mit Madalaine Caracas von der neuen Studierendenbewegung einfügen, das ebenfalls in der ILA Nr. 417 erschien.

Es gab letzte Woche ein Video, in dem Frauen in einem Stadtteil zu sehen waren, die unbewaffnet den Polizisten mutig entgegengetreten sind und denen es gelungen ist, sie aus ihrem Stadtteil zurückzudrängen. Wie siehst Du generell die Rolle der Frauen?

In den gegenwärtigen Protesten erobern sich die Frauen eine aktive Rolle in der Gesellschaft zurück. Während der Revolution gab es ja wichtige Frauen, wie etwa Dora María Tellez, Mónica Baltodano oder Arlen Siu, die entscheidend waren für den revolutionären Prozess, später aber keine wichtigen Posten erhalten haben. Wir haben natürlich in unserem Land eine starke Macho-Kultur, zugleich gab es aber immer auch starke Frauen. Im häuslichen Bereich sind es ohnehin immer die Mütter, die das letzte Wort haben. Heute sehen wir, wie sich Frauen mit Kochtöpfen den Polizisten und Paramilitärs entgegenstellen; das beweist eine besondere Macht und große Kraft.

Auch in der Student*innenbewegung achten wir darauf, dass Frauen in Erscheinung treten, nicht um eine Quote zu erfüllen, sondern weil wir einfach da sind, weil wir Fähigkeiten haben und weil wir in der ersten Reihe stehen. Ich habe sogar junge Frauen mit *Morteros* (Granatwerfern) an den Straßensperren gesehen. Wir sind präsent und es ist wichtig, dass sich die alten machistischen Muster nicht wiederholen, wonach es die maskulinen Figuren sind, die die Befreier des Landes sind. Unsere neue Kultur sollte in allen Bereichen inklusiver sein.

Frauen müssen heute bekannte Stereotype durchbrechen. Das ist Teil unseres Kampfes und bestimmt nicht einfach. Sowohl ich wie auch andere junge Frauen haben oft machistische Kommentare gehört, aber wir kämpfen auch dagegen. Deshalb ist eine wichtige Parole bei uns: „La revolución será feminista o no será“ („die Revolution wird feministisch sein oder sie wird nicht stattfinden“). Das ist sehr radikal, passt aber genau in unseren Kontext. Schließlich haben wir einen Präsidenten, der ein Vergewaltiger ist, der seine eigene Stieftochter sexuell missbraucht hat, der straffrei geblieben ist und alle diese autoritären Modelle vorlebt und wiederholt.

Wenn wir ein besseres Nicaragua wollen, müssen wir diese Modelle durchbrechen. Deshalb sind für mich solche Menschen wie Francisca Ramírez, die Bauernführerin, so wichtig, da ich mich durch sie repräsentiert fühle und sie bewundere.

Diese Frauen müssen sichtbar werden im Land, da neue Generationen somit ein anderes Bild bekommen und sich neue Räume für sie öffnen werden.

Seit April erhebt sich in Nicaragua die Bevölkerung gegen die autoritäre Ortega/Murillo-Regierung.

Diese hat die mutigen Proteste mit beispielloser Gewalt beantwortet, bislang sind über 200 Tote zu beklagen, über 1500 Verwundete und viele Verschwundene. Das Informationsbüro Nicaragua e.V. unterstützt die Forderungen der zivilgesellschaftlichen Gruppen der Alianza Cívica und ruft zu Spenden für die Versorgung der Verletzten, Schutz vor Repression und Menschenrechtsarbeit auf.

Konto: Informationsbüro Nicaragua e.V.

IBAN DE56 3305 0000 0000 9767 38

Stichwort: Anti-Repression

* Buchankündigung *

Die Welt sind wir

Buen Vivir und die Verteidigung von Lebensräumen in Mesoamerika



Illustration aus dem Buch

Ende des Jahres erscheint im UNRAST Verlag die deutsche Ausgabe des Buches „Die Welt sind wir“ Herausgeber sind die „Kollektive in Aktion“, die 2016/2107 als Karawane Mesoamerika für das Buen Vivir der Menschen im Widerstand durch Mesoamerika reisten.

„Kollektive in Aktion“ sind ein Zusammenschluss von zwölf Kollektiven aus Mexiko, Zentralamerika, Europa und den USA, die sich 2012 gegründet haben. Ihr gemeinsames Ziel ist die Unterstützung von Menschen und sozialen Bewegungen, die das Land, das Leben und die Freiheit gegen die neo-koloniale Aneignung von Ressourcen verteidigen.

Über ein Jahr tauschten sich die Autor*innen mit siebzehn zumeist indigenen Gemeinden aus, die ihre natürlichen Gemeingüter gegen Monokultur, Wasserkraft-, Windkraft- oder Bergbauprojekte verteidigen. Dabei haben sie die Konflikte sowie die Widerstands- und Lebensformen der Gemeinden dokumentiert und praktische Erfahrungen in den Bereichen kommunitäre Medien, sachgerechte Technologien, kritische Kartografie, Naturmedizin und biologische Landwirtschaft geteilt.

Das Buch vereint Interviews, Recherchen, Reflexionen seitens der Autor*innen, Infografiken, kunstvolle Illustrationen und praktische Anleitungen zu einem lebendigen und reichhaltigen Sammelband von Erfahrungen.

An konkreten Beispielen werden die konträren Sichtweisen auf Mesoamerika und seine natürlichen Gemeingüter deutlich. Während Regierungen und Firmen aus geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen zu menschenrechtsverletzenden Strategien greifen, um extraktivistische Projekte umzusetzen, verteidigen zahlreiche indigene und ländliche Gemeinden ihre Gemeingüter, organisieren auf vielfältige Weise ihren Widerstand und entwickeln alternative, selbstbestimmte Lebens- und Arbeitsformen, die ein gemeinschaftliches Gutes Leben fördern.

Mit einem selbstkritischen Augenzwinkern geben die Autor*innen einen Einblick in die Höhen und Tiefen bei der Planung und Durchführung einer Karawane und die Herausforderungen in Hinblick auf kollektive Organisations- und Entscheidungsprozesse.

Kollektive in Aktion (Hg.)

**Die Welt sind wir
Gutes Leben und territoriale
Verteidigung in Mesoamerika**

ISBN 978-3-89771-075-7

Erscheinungsdatum:

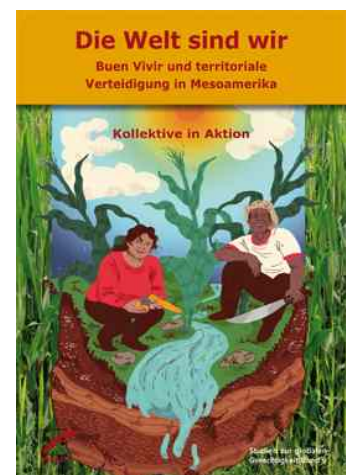
Dezember 2018

Seiten: ca. 180

Reihe: Studien zur globalen

Gerechtigkeit Band: 9

www.unrast.verlag.de



Efrîn: Krieg. Besatzung. Widerstand.

Lange Zeit galt der westkurdische Kanton Efrîn als leuchtendes Beispiel für den Erfolg der Selbstverwaltung nach dem Modell des demokratischen Konföderalismus und für das friedliche Zusammenleben verschiedener Ethnien und Religionsgemeinschaften. Er war lange vom Krieg verschont geblieben und Zufluchtsort für Menschen aus allen Teilen Syriens. Am 20. Januar 2018 begann der Überfall der türkischen Streitkräfte und verbündeter Milizen auf Efrîn.

Die Motive für den türkischen Staat, Efrîn anzugreifen sind sicherlich vielschichtig. Dazu gehört selbstverständlich die Zerstörung eines Modells, das die Hoffnung der in der Türkei unterdrückten Kurd*innen auf Selbstbestimmung bestärken könnte. Da außer der HDP keine türkische Partei von Bedeutung ernsthaft auf eine friedliche Lösung der Kurd*innenfrage aus ist, wird auch die mögliche Existenz eines Rückzugsortes für türkische „Staatsfeind*innen“ und die Möglichkeit der logistischen Unterstützung Nordkurdistan aus Rojava eine Rolle gespielt haben. Hauptsächlich dürfte es dem türkischen Präsidenten aber darum gegangen sein, sich als starken Mann, als Eroberer, zu inszenieren, um dem nationalistischen Mob in der Türkei zu imponieren. Erdoğan hatte im April 2017, auch dank massiver Wahlfälschung, eine Verfassungsänderung durchgeboxt, die dem Präsidenten wesentlich größere Befugnisse zuspricht und mit der nächsten Wahl in Kraft treten sollte. Da die Türkei akut von einer Wirtschafts- und Finanzkrise bedroht ist, wurden die Wahlen auf Juni 2018 vorgezogen und um den Sieg zu garantieren, ein Krieg gegen die, vor allem in nationalistischen Kreisen verhasste, kurdische Freiheitsbewegung gestartet.

Um die zu erwartenden Verluste innerhalb der eigenen Streitkräfte gering zu halten, schmiedete der NATO-Staat Türkei Allianzen mit verschiedenen reaktionären Kräften. Dazu gehörten Kampfverbände des syrischen Ablegers von al-Kaida, türkische Faschisten (z.B. „Graue Wölfe“) und ehemalige IS-Kämpfer, die, nachdem sie von der Koalition gegen den IS aus ihren Hochburgen in ar-Raqqa und Deir ez-Zor vertrieben wurden, in türkischen Flüchtlingscamps Unterschlupf fanden und auf Abruf bereit standen.



*Nach einer Bombardierung des türkischen Militärs suchen Helfer*innen nach Opfern (Foto: medico international)*

Die Angreifer trafen auf entschlossenen Widerstand, der nicht nur von den kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG), Frauenverteidigungseinheiten (YPJ) und ihren assyrischen, jesidischen und arabischen Verbündeten, sondern vor allem auch von der Zivilbevölkerung Efrîns getragen wurde, die sich unter keinen Umständen aus ihrer Heimat vertreiben lassen wollte. Die Beteiligung der Zivilbevölkerung am Widerstand reichte von der logistischen Unterstützung der kämpfenden Einheiten, bis zum Agieren als menschliche Schutzschilde gegen die Bombardierung der eigenen Städte und Dörfer. Delegationen aus ganz Rojava, aber auch aus anderen Teilen Nordsyriens, reisten nach Efrîn, um die Menschen zu unterstützen und die Revolution zu verteidigen.

YPG, YPJ und Verbündete genossen in den Bergen Efrîns einen klaren Heimvorteil. In der direkten Konfrontation konnten sie der türkisch-islamistischen Allianz schwere Verluste zufügen. Da es sich bei Efrîn allerdings um ein kleines Gebiet handelt und sie über keine Luftabwehr verfügten, waren sie den Bombardements der türkischen Luftwaffe sowie Mörser- und Raketenbeschuss schutzlos ausgeliefert. Die türkischen Streitkräfte bombten den Bodentruppen den Weg frei und diese konnten so Dorf um Dorf einnehmen. Hierbei kam es zu schwersten Kriegsverbrechen. So bombardierte die türkische Luftwaffe die Wasserversorgung, sowie Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäuser. Die islamistischen Banden zogen plündernd durch die Dörfer, raubten alles, was nicht niel- und nagelfest war, so dass von Häusern teilweise nur noch die Grundmauern standen. Dazu exekutierten, misshandelten und entführten sie zurückgebliebene Zivilist*innen, schändeten Friedhöfe, zerstörten Denkmäler, kulturelle Einrichtungen und religiöse Stätten in ganz Efrîn.

Nach zwei Monaten des Widerstands gegen die zweitgrößte Armee der NATO und die sie begleitenden Banden, mittlerweile an die Grenzen von Efrîn-Stadt zurückgedrängt, mussten YPG und YPJ den Entschluss fassen, die Zivilbevölkerung zu evakuieren. Man betonte aber, dass der Widerstand damit nicht beendet sei, sondern nur in eine zweite Phase, den Guerilla-Kampf, übergehe und alle Elemente der Besatzung Ziele darstellen.

Bis zu 200.000 Menschen befanden sich nach dem Einmarsch der Besatzungstruppen auf der Flucht. Eine Gruppe flüchtete in Richtung Aleppo, das wieder unter Kontrolle des Assad-Regimes steht, allerdings bestand dort die Gefahr der Zwangsrekrutierung für die syrische Armee oder dass Milizen, die auf der Seite Assads kämpfen, große Geldsummen für die Flucht in diese sicheren Gebiete verlangen. In der Region Şehba errichtete die Selbstverwaltung die Camps „Bexwedan“, „Efrîn“ und „Serdem“. Hier werden die Dinge des Alltags weiterhin nach den Prinzipien des demokratischen Konföderalismus organisiert. Aber auch wenn beispielsweise Schulen und medizinische Betreuung existieren, so fehlt es doch regelmäßig an einfachsten Sachen, wie z.B. Schreibmaterialien oder Medikamenten.

Der Ausbruch verschiedener Krankheiten war die Folge. Auf internationale Hilfe warten die Menschen meist vergeblich und auch das Assad-Regime lässt nur wenige Hilfslieferungen zu. Aus der Türkei haben sie ohnehin nichts zu erwarten. Andere ließen sich in vom IS zerstörten Dörfern in Şehba nieder. Auch hier fehlt es an vielem und in zahlreichen Dörfern liegen noch Mienen und Blindgänger.

Efrîn ist seit dem Einmarsch der türkisch-islamistischen Koalition nicht mehr wiederzuerkennen. In der zuvor meist von Kurd*innen bewohnten Region wurden die Familien der islamistischen Kampfverbände, die Efrîn erobert haben, angesiedelt. Auch aus anderen Teilen Syriens, z.B. aus Ost-Ghouta, werden Islamist*innen angesiedelt, die ihre Gebiete der syrischen Regierung für freies Geleit in Richtung Idlib kampflos überlassen haben. Von Idlib, das von türkeitreuen Milizen kontrolliert wird, können sie sich dann frei in Richtung Efrîn bewegen. Zudem plant die Türkei, arabische Sunnit*innen aus den Flüchtlingscamps in der Türkei in Efrîn anzusiedeln. Geflüchtete, die in ihre Häuser zurückkehren wollen, finden dort nun andere Familien vor, die sich ihre Besitztümer genommen haben, sich weigern die Häuser zu verlassen und teilweise ungeheure Summen für die Herausgabe persönlicher Habseligkeiten und Dokumente verlangen.

Täglich hört man von Menschenrechtsverletzungen der islamistischen Banden an der in Efrîn zurückgebliebenen Bevölkerung. Verschleppung, Mord und Folter sind an der Tagesordnung. Sei es aus politischen Gründen, weil sich Menschen weigern zum Islam zu konvertieren oder einfach so aus Spaß. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich momentan Entführungen mit dem Ziel Lösegelder zu erpressen. All dies geschieht, ohne dass die von der Türkei eingesetzte Verwaltung interveniert.

Das patriarchale System, das mit der Revolution in Rojava abgeschafft werden sollte, ist wieder vollkommen etabliert. Wie in den ehemaligen Hochburgen des IS werden Plakate auf den Straßen aufgehängt, die Frauen vorschreiben, wie sie sich zu kleiden haben. An politische Teilhabe und wirtschaftliche Unabhängigkeit ist derzeit gar nicht zu denken, Mädchen und Jungen werden in den Schulen getrennt voneinander unterrichtet.

An den Schulen wird mittlerweile Türkisch gelehrt, es prangen Portraits von Recep Tayyip Erdoğan an den Wänden und die Kinder müssen Paraden mit türkischen Flaggen abhalten.

Auch die Waffen schweigen noch lange nicht in Efrîn. Einerseits bekriegen sich die verschiedenen islamistischen Banden untereinander. Auslöser sind zumeist Meinungsverschiedenheiten darüber, welche Bande sich ein bestimmtes Haus, Auto oder Werkzeug, das von Geflüchteten zurückgelassen wurde, aneignen darf. Auf der anderen Seite Arbeiten YPG und YPJ im Guerilla-Kampf daran, Efrîn aus der Händen der Besatzung zu befreien. Regelmäßig werden Islamisten und türkische Soldaten Opfer von Attentaten, Sabotage-Aktionen und Überfällen.

Bei den Wahlen am 24. Juni wurde Recep Tayyip Erdoğan erneut zum türkischen Präsidenten gewählt und seine AKP gewann, gemeinsam mit der faschistischen MHP, die Mehrheit der Sitze im Parlament. Trotz massiver Verletzungen der Grundsätze und Verfahren einer fairen Wahl, war aus den Hauptstädten der westlich-kapitalistischen Welt nur wenig Kritik zu vernehmen. Erdoğan's Plan ist aufgegangen und es fällt schwer zu glauben, dass dies in Berlin, London, Washington oder Moskau irgendeine*n stört. Ein Ende der Besatzung Efrîns ist vorerst nicht zu erwarten, da die Guerilla nicht stark genug ist, Tausende Besatzer*innen zu vertreiben, die Türkei schlichtweg kein Interesse daran hat, die Gebiete an Damaskus zurückzugeben und keine große internationale Kraft bereit ist, dies gegen den Willen Erdoğan's durchzusetzen. Welche Ziele eine Regierung in Damaskus Efrîn betreffend verfolgen würde, ist auch nicht abzusehen.

Ob eine Bereitschaft existiert, sich mit den ehemaligen Rebellen zu versöhnen und ob die bereits unter Assad begonnene Arabisierung der mehrheitlich kurdischen Gebiete fortgesetzt werden soll, wird sich erst nach dem Krieg und den daraus resultierenden Machtverhältnissen in Syrien zeigen.

Bernhard Iner, Perspektive Rojava, Münster

Angriff auf Rojava

Spenden für Nothilfe in Afrin



Medikamente, die mit Spenden an medico international finanziert wurden, kommen im Krankenhaus von Afrin an (Foto: medico)

**Die Türkei greift den kurdischen Kanton Afrin an.
medico unterstützt die medizinische Nothilfe vor Ort.
Hilfe wird dringend benötigt.**

Spendenkonto:
medico international
IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00
BIC: HELADEF1822
Frankfurter Sparkasse
Stichwort "Nothilfe Rojava"

„Bauern und Bäuerinnen sind die Hüter der Erde“

*Seit Jahren kämpft eine Bürger*inneninitiative am indonesischen Kendeng-Karstgebirge gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen durch ein Tochterunternehmen von HeidelbergCement*

Die Ebene zwischen dem Vulkan Muria im Norden von Zentraljava und dem südlich des Vulkans gelegenen Kendeng Karstgebirge ist seit Jahrhunderten ein fruchtbares Landwirtschaftsgebiet. Die zahlreichen Quellen des Karstgebirges speisen die Felder. Hier wird vor allem Reis angebaut, aber auch Zuckerrohr, Mais, Sojabohnen, Tomaten und Bohnen. Doch die Bauern und Bäuerinnen fürchten um die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen. Zement-Unternehmen wollen hier in großem Stil Kalkstein und Ton abbauen. Eines davon ist die Firma Sahabat Mulia Sakti (SMS), eine Tochter von Indocement, die im Mehrheitsbesitz der deutschen HeidelbergCement ist. Wo jetzt Felder, Dörfer und Ausläufer des Karstgebirges sind, soll ein riesiges Zementwerk entstehen. Die Pläne spalten die Bevölkerung, manche hoffen auf schnelles Geld. Doch die Mehrheit der Menschen in Pati denkt langfristiger und will ihr Land für die nächsten Generationen erhalten. Gunretnos Holzhaus in Sukolilo im Landkreis Pati ist so etwas wie die Schaltstelle des Kampfes gegen die Fabrik. An der Wand im Wohnzimmer hängt das Gemälde eines grimmig drein schauenden Mannes, an der Nachbarwand ein großes schwarz-weißes Familienfoto. Da-neben ein Poster mit der Frage: „Den Wald schützen, wessen Verantwortung ist das?“



Das Credo der Samin ist, dass Menschen vernunftbegabt und verantwortungsbewusst sind

Gunretno gehört zu den Samin, einer Gruppe, die vor mehr als 100 Jahren von dem Mann gegründet wurde, der so grimmig vom Gemälde herabschaut. Samin Suro Sentiko wurde Mitte des 19. Jahrhunderts in der zentraljavanischen Stadt Blora geboren. Samin war adliger Abstammung und hätte in Wohlstand mit den holländischen Kolonialherren koexistieren können. Doch er wählte einen anderen Weg, den des gewaltfreien Widerstandes, des sozialen Miteinanders und der Umverteilung von oben nach unten – Werte, die den Samin heute noch heilig sind. Als Samin Suro Sentiko Anfang des 20. Jahrhunderts mehrere Tausend Anhänger*innen um sich geschart hatte, ließen ihn die Kolonialherren 1907 auf die Insel

Sumatra verschleppen, wo er kurz darauf verstarb. Doch seine Bewegung war in der Welt und ist es bis heute. Heute zählen sich etwa 3000 Menschen zu den Samin, die vor allem in Zentraljava leben. Keiner von ihnen würde in einer Selbstbeschreibung das Wort Anarchie in den Mund nehmen, weil es so oft mit Chaos und Gewalt assoziiert wird. Doch die Samin sind im Grunde Anarchist*innen. Ihr Credo ist, dass Menschen vernunftbegabt und verantwortungsbewusst sind und dazu nicht durch den Staat gezwungen werden müssen. Die Samin organisieren ihr Leben, so weit es geht, außerhalb staatlicher Strukturen. Sie unterrichten ihre Kinder zu Hause, haben keine Heirats- und keine Geburtsurkunden. Und sie achten streng darauf, dass ihr Kreis geschlossen bleibt. Wer sich in jemanden „von draußen“ verliebt, muss für eine Heirat die Einwilligung der Familie einholen. Und künftige Partner*innen müssen bereit sein, die Regeln der Samin zu befolgen. Dazu gehören auch Kleidervorschriften wie das Tragen von Schwarz bei offiziellen Veranstaltungen und das Verbot langer Hosen für Männer. Diese sind verpönt, weil sie einst das Beinkleid der verhassten holländischen Kolonialbeamten darstellten.

Von der Außenwelt werden die Samin argwöhnisch beäugt. Sie gelten als modernisierungsfeindlich, ungebildet und gottlos. Nach ihrer Religion gefragt, antwortet Gunretnos jüngere Schwester Gunarti: „Wenn ich bete, bete ich zur Mutter Erde. In ihr ist alle Kraft vereint.“ Gunarti lebt in einer kleinen Siedlung, wo mehrere Häuser in zwei Reihen stehen und durch einen Innenhof verbunden sind. An der Wand in Gunartis Haus hängen – unter dem Bild des Urahn der Samin – Fotos der Familie und Zeitungsartikel über die Proteste gegen die Zementfabrik. Außerdem sind die Wände mit trockenen, aber vollen Reisähren geschmückt. „Der Reis ist unsere Lebensgrundlage“, sagt Gunarti. „Bauern sind die Hüter der Erde“ fährt sie fort, „wir tun alles, um diese Tradition nicht aufzugeben.“

Wir tun alles, um unsere Tradition nicht aufzugeben

Gunarti verzichtet, ebenso wie ihr Bruder, auf chemischen Dünger. Hinter den Wohnhäusern, in einem kombinierten Kuh- und Hühnerstall stehen mehrere Eimer. Hebt Gunarti einen Deckel an, entsteigt aus grünlichen Gemischen ein beißender Geruch. Hier rührt sie aus Pflanzen- und Fischresten organischen Dünger an. Ihr Mann baut nebenan gerade einen Lagerplatz für den Kuhmist. Der Urin der Rinder verströmt aus einem weiteren Eimer stechenden Geruch. Nicht nur die Medizin fürs Reisfeld kommt aus dem eigenen Garten. Gunarti ist ein wandelndes Heilpflanzenlexikon. Hinter dem Kuhstall sprießt allerhand Grünzeug, dessen Wichtigkeit unbedarften Besucher*innen nicht sofort ins Auge springt. Gunarti hockt sich hier und da vor ein Pflänzchen, zupft ein Blättchen ab. „Dies hier wirkt beruhigend bei Angst-zuständen

und Stress“, sagt sie. „Und dies bei Magenproblemen.“ Die Landschaft um das Kendeng-Gebirge biete alles, was sie zum Leben brauchten. Gunarti hat eine Frauengruppe gegründet, die eine aktive Rolle beim Protest gegen die Zementfabrik spielt. Sie erhalten auch das Wissen über eine gesunde Lebensweise und Alternativmedizin und stellen aus Wurzeln und Kräutern Heilgetränke her, von deren Verkauf sie die nächsten Widerstandsaktionen finanzieren.



Öffentliche Proteste gegen die Landzerstörung

Ihr Kampf gegen die Zementfabriken hat Gunarti im vergangenen Jahr bis nach Deutschland geführt, wofür sie unzählige unliebsame Amtsgänge unternommen hat, um eine Geburtsurkunde und einen Pass zu beantragen. Gunarti ist, wie viele Samin, Teil der Bürgerinitiative JMPPK, die seit Jahren auf die Gefahren durch die Zementfabriken aufmerksam macht. Das sensible Ökosystem des Karstgebirges würde zerstört, die unterirdischen Wasserspeicher, Lebensgrundlage für Millionen von Menschen, würden versiegen. JMPPK hat immer wieder durch kreative Protestformen auf sich aufmerksam gemacht: Kundgebungen, Fußmärsche von mehreren Hundert Kilometern in die Provinzhauptstadt Semarang. Als das alles nichts half zogen die Bäuer*innen in die Hauptstadt Jakarta und zementierten sich tagelang öffentlich die Füße ein. Eine Aktion, die mit Hilfe eines transnationalen Solidaritätsnetzwerkes unter dem Motto „Save Kendeng“ am 10. Mai 2017 auch in Heidelberg am Tag der Aktionärsversammlung von Heidelberg-Cement durchgeführt wurde und für ein großes Medieninteresse sorgte.

Gunarti appellierte derweil – eingeladen von den Kritischen Aktionären - in der Aktionärsversammlung von HeidelbergCement an die Anwesenden. „Darum bitte ich Sie als Aktionäre, ihre Herzen zu öffnen und nicht zuzulassen, dass mit ihrem Geld unser Leben zerstört wird.“ so Gunarti. „Ich, meine Familie und unsere NachbarInnen betrachten Sie hier in Deutschland als unsere Mitmenschen. Sind wir für Sie auch Mitmenschen? Wenn das so ist, dann bitte ich Sie: Stimmen Sie den zerstörerischen Praktiken dieses Unternehmens nicht zu.“

Doch in der kapitalistischen Unternehmenslogik gibt es offenbar keinen Raum für Mensch und Natur und das Nachdenken über deren Erhalt für die Zukunft.

Dividende hier und jetzt ist die Devise. HeidelbergCement reagiert seither auf Anfragen in der immer gleichen Weise: Man habe zwar aktuell nicht vor, eine Fabrik zu bauen (wegen der aktuellen Überkapazität), man halte sich aber die Option offen. Deswegen reiste in diesem Jahr erneut ein Aktivist aus Indonesien nach Heidelberg und erneut zementierten sich Menschen ein, um die Bedrohung bildhaft zu unterstreichen und ihre Solidarität mit den Menschen am Kendeng-Gebirge zu zeigen. Am 9. Mai 2018 steckten jeweils neun Menschen in Jakarta (vor der deutschen Botschaft) und in Heidelberg (vor der Stadthalle, wo die Aktionärsversammlung statt fand) ihre Füße für mehrere Stunden lang in Zement. Mittels einer Live-Schaltung waren beide Gruppen miteinander verbunden. „Lang lebe das Kendeng-Gebirge!“, erscholl es aus Jakarta. „Zementfabriken sind nicht prima, sie zerstören Land und Klima!“ – kam es aus Heidelberg zurück.

Die Zementproduktion ist einer der größten CO2-Emissions-Versursacher

Was in den vielerorts geführten Klimadebatten bis-lang kaum vorkommt: Die Zementproduktion ist einer der größten CO2-Emissions-Versursacher. Bei der Erzeugung einer Tonne Zement werden 600 Kilogramm CO2 freigesetzt: 400 aus dem Kalkstein plus 200 beim Brennvorgang. Weltweit werden über 4 Milliarden Tonnen Zement produziert, was insgesamt rund 3 Milliarden Tonnen Treibhausgase verursacht – viermal so viel wie der gesamte internationale Flugverkehr und 6 bis 9 Prozent der weltweiten CO2-Emissionen.

Karstgebirge wiederum sind wichtige Kohlendioxid-speicher und nach indonesischem Recht geologische Schutzzonen. Ursprünglich war in den Regelungen zur Raumplanung in Pati vorgesehen, die Region als Landwirtschaftsgebiet zu fördern und den Tourismus auszubauen. Doch im Jahr 2010, als die Heidelberg-Cement-Tochter sich für das Gebiet zu interessieren begann, machte das Lokalparlament von Pati den Weg für Industrialisierung und Bergbau frei. Auf äußerst fragwürdige Weise, wie Mokh Sobirin von der indonesischen Umweltstiftung Desantara in Heidelberg berichtete. Wegen der möglichen Beste-chung von Parlamentariern ermittle inzwischen die Nationale Korruptionsbehörde, so Sobirin. Sobirins Besuch in Deutschland führte ihn und seine BegleiterInnen auch zu Menschen hierzulande, die mit viel Energie und Kreativität um den Erhalt von Lebensräumen und gegen industriellen Größenwahn kämpfen. „Im Hambacher Forst und im Gespräch mit VertreterInnen von Ende Gelände wurden wir solidarisch willkommen geheißen und bekamen viel Inspiration. Wir brauchen weiter eure Solidarität und einen langen Atem. „Salam Kendeng! Lestari!“ – „Der Gruß des Kendeng-Gebirges! Erhalten es!“

(AK)

Weitere Informationen:

https://www.kritischeaktionae.de/fileadmin/Dokumente/Reden_2017/Gunarti_JMPPK_Zentraljava-RedeStadthalle_Heidelberg-2017.pdf

Aktuelle Infos des Solidaritätsnetzwerkes Save Kendeng:

<https://www.facebook.com/saminvs.semen/>

Keller, A./Klute M.: Dreckiger Zement, in Le Monde diplomatique, Oktober 2016, <https://monde-diplomatique.de/artikel/15337730>

Graswurzelrevolution, Sommer 2017: „Dafür sorgen, dass etwas wächst“,

Interview mit der indonesischen Umweltaktivistin Gunarti,

<http://www.graswurzel.net/420/gunarti.php>

Solidarische Landwirtschaft: „Das funktioniert!“

Interview mit Luciano von der GartenCOOP Freiburg



Hallo! Wie können wir uns Euer Projekt vorstellen?

Wir sind eine Gemeinschaft von ungefähr 300 Haushalten, die sich zusammen geschlossen haben, um solidarisch einen landwirtschaftlichen Betrieb gemeinsam zu finanzieren, der im Moment hauptsächlich Gemüse produziert und diese 300 Haushalte das ganze Jahr hindurch damit versorgt. Hier arbeiten bis zu 7 Leute im so genannten Anbauteam (Gärtner*innen & Landwirt*innen) und noch 2 Menschen im Supportteam, die mehr Verwaltungsarbeit machen, Buchhaltung und solche Sachen.

Was bedeutet solidarische Landwirtschaft für Euch?

Ich vergleiche Solidarische Landwirtschaft immer mit einer kopernikanischen Revolution, sprich, wir drehen bestimmte Verhältnisse einfach um. Normalerweise ist es so, dass der Hof, der Lebensmittel produziert, sich an den Menschen orientieren muss, die in einem anonymen Markt organisiert sind und bestimmte Wünsche haben. Wir drehen dieses Verhältnis um und setzen den Hof in den Mittelpunkt. Wir denken der Hof, die Landwirtschaft, haben bestimmte Anforderungen. Und dann schließen wir uns zu einer Gemeinschaft zusammen, die Verantwortung für diesen Hof übernimmt. So wollen wir ein System aufbauen, um bestimmte soziale und ökologische Ziele zu erreichen.

In vielen solidarischen Landwirtschaftsprojekten helfen die Mitglieder bei einigen Arbeiten mit. Wie sieht es bei euch aus?

Wir brauchen im Durchschnitt von jedem Mitglied 5 Halbtags-Einsätze pro Jahr. Davon sind 3-4 in der Landwirtschaft und 1-2 in der Verteilung.

Könntest Du bitte Euren Solidaritätsbegriff erläutern?

In unserem Projekt gibt es zwei Formen der Solidarität. Die erste Form ist die Solidarität von der Gemeinschaft mit der Landwirtschaft und den Menschen, die hier arbeiten. Wir wollen erst einmal sicher stellen, dass diese Landwirtschaft gut funktioniert. Das bedeutet, dass wir das Risiko teilen. Manchmal gibt es eine gute Ernte, manchmal eine schlechte Ernte. Wir wollen, dass der Arbeitsrahmen für unsere Gärtner*innen stimmt. Dass sie sich eine gute soziale und ökonomische Existenz hier in der Region aufbauen können. Dann gibt es eine zweite Form der Solidarität, das ist in der Gemeinschaft selbst. Die Mitglieder der Kooperative dürfen selber ihren Beitrag festlegen - nach Selbsteinschätzung. Da gibt es Leute, die ein bisschen mehr zahlen und Leute, die ein bisschen weniger zahlen. Unter der Bedingung, dass wir mit der Summe der ganzen Beiträge auf das nötige Geld kommen. Und das funktioniert!

Solch ein Projekt kostet einiges an Geld. Wie habt Ihr die Gewächshäuser, Traktoren, Geräte und alle weiteren Produktionsmittel finanziert?

Wir haben die Idee des kollektiven Eigentums von Anfang an hier im Projekt verankert. So mussten sich die Gärtner*innen eben nicht verschulden, um das ganze hier aufzubauen. Wir

machen es so, dass jedes Mitglied, also ein Haushalt, ein zinsloses Darlehen über 400 Euro an die Kooperative gibt. Am Anfang hatten wir die Befürchtung, dass diese 400 Euro eine Einstiegshürde darstellen. Aber im Nachhinein denke ich, dass es sehr gut war, weil jedes Mitglied zeigt: ich übernehme ein Stück Verantwortung für diese Infrastruktur. Ich glaube, das ist wichtig. Wenn die Leute hier auf dem Hof sind, dann sprechen sie von „unserem Traktor“ oder „unserem Folientunnel“. Den gleichen Gedanken haben wir auch für das Land. Wir möchten, dass auch das Land der Spekulation und dem Markt entzogen und für einen ökologischen, solidarischen Anbau gesichert wird. Aber im Moment können wir das hier noch nicht umsetzen.

Was hat Euch dazu bewegt, sich in einem solidarischen Agrarprojekt zu engagieren?

Für mich persönlich kam ein starker Impuls für die solidarische Landwirtschaft und auch dafür einer der Mitinitiatoren zu sein, von südlichen Bewegungen. Der Kontakt mit *La Via Campesina*, den Landlosen aus Brasilien oder den Zapatistas aus Mexiko hat mich stark inspiriert, weil mir klar wurde: wenn wir vermeiden wollen, dass Leute in diesen Ländern von ihrem Land vertrieben werden, weil dort große Monokulturen hinkommen, dann müssen wir auch hier in den Metropolen, wo wir sind, Alternativen aufbauen und uns von diesem globalen Supermarkt lösen. Das heißt, für mich ist dies die direkte Form der Solidarität mit den Kämpfen, die sie dort gegen die großen Zuckerrohr- und Palmölplantagen oder die Entwaldung von Regenwald führen. Ebenso gibt es Parallelen mit diesen südlichen Bewegungen in dem ganzen Diskurs von einer gesunden Ernährung, dem Erhalt einer Vielfalt, weg von der Agrarindustrie, samenfeste Sorten.

Das andere betrifft das Thema Klima, weil wir in einer sehr brutalen Welt leben und der Klimawandel die Welt noch brutaler machen wird. Alle Verhältnisse, die wir schon kennen, von Migration bis hin zu Vertreibungen, Monokulturen usw. werden sich verschärfen. Ich denke, wir müssen von der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und von einem Wirtschaftsmodell, das komplett auf Wachstum basiert, wegkommen. Es besteht gar keine andere Möglichkeit, weil sonst der Planet zu Grunde geht oder die sozialen Verhältnisse unerträglich werden. Ich sehe da eine enorme Herausforderung, aber gleichzeitig eine Riesenhoffnung und Möglichkeit, wenn wir es im Hier und Jetzt schaffen, Strukturen aufzubauen, die einen Weg zeigen, wie es anders gemacht werden kann. Ich sag nicht, dass die Kooperative, die wir hier machen, die Lösung sei. Aber ich denke, es ist eine Lösung von vielen. Und wir wünschen uns mehr Leute, die an weiteren Lösungen arbeiten.



www.gartencoop.org

Habt Ihr weitere Zukunftspläne?

Mich persönlich treibt die Vision von dem Raum um unsere Stadt Freiburg um. Das ist der Raum, den wir uns sichern sollten - im Sinne einer Ernährungsautonomie. Wir wollen ja von diesem globalen Supermarkt weg kommen, das heißt, wir wollen eigentlich diesen Raum rund um die Stadt. Ich stelle mir 100 oder 400 Kooperativen vor, kleine Betriebe, die miteinander kooperieren, Sachen verarbeiten. Im Moment haben wir uns auf das konzentriert, was einfach umzusetzen ist, z.B. die Gemüseproduktion. Der große Vorteil einer Gurke oder Tomate ist, dass man sie gleich als Salat essen kann, sie muss nicht großartig verarbeitet werden. Und das ist ja auch toll, denn desto frischer man isst, um so weniger Energieverbrauch ist da. Aber, z.B. im Frühling haben wir das sogenannte Frühlingsloch; das Lager wird dann immer leerer und die frischen Sachen auf dem Acker sind noch relativ klein. Deshalb ist es schon wichtig, dass bestimmte Produkte verarbeitet werden. Da haben wir jetzt das erste Projekt in der Region - eine solidarische Bäckerei. In der wird Getreide zu Brot verarbeitet, mit der Idee von solidarischer Ökonomie: kurze Wege, handwerkliche Produktion, hohe Qualität. Das ist ein Anfang und in Zukunft können wir vielleicht so etwas wie einen Konservierungsbetrieb aufbauen, wo wir Produkte haltbar machen. Also eigentlich wollen wir die komplette Ernährungswelt neu organisieren und ich würde mir wünschen, dass so etwas wie eine Bewegung entsteht, die in Freiburg oder in der Region Lust hat, diesen periurbanen Raum neu zu gestalten und dies als Chance begreift, die Ökosysteme in der Region wieder herzustellen. Kleine Betriebe, Kooperativen, Netzwerke, die uns eine gesunde und solidarische Ernährung in der Region ermöglichen.

Die solidarische Landwirtschaft stellt also quasi die Systemfrage?

In dem Moment, in dem wir sagen, wir finanzieren gemeinsam, solidarisch die Landwirtschaft, kommen wir weg von der Idee, dass die Lebensmittel, die wir hier produzieren, einen bestimmten Preis haben. Das heißt, es ist nicht mehr so, dass wir sagen, ihr bekommt soundso viel Kilo für soundso viel Geld. Sondern hier zahlen wir für die Landwirtschaft. So gibt es eine Entkopplung von Preis auf eine Ware. Wir sagen im Prinzip: Lebensmittel sind keine Ware!

Interview: Dorit Siemers & Luz Kerkeling, Zwischenzeit e.V.

Hinweis: Ein aktuelles Video zur Solidarischen Landwirtschaft steht ab sofort auf der Projekthomepage "Andere Welten vor der Haustür" unter www.zwischenzeit-muenster.de bereit.

Weitere Infos beim Netzwerk Solidarische Landwirtschaft:
www.solidarische-landwirtschaft.org



Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika

www.ila-web.de

Von heroisierenden Gesängen und Terror-Transparenten

Repressionen im Wendland und gegen die kurdische Bewegung



20. Februar 2018. Gegen 9 Uhr rücken in Meuchefitz zahlreiche Wannen mit zwei Hundertschaften an. Etwa 80 überwiegend vermummte Beamte umstellen den Gasthof des Widerstands. Einige teils mit Maschinengewehren bewaffnete Bullen stürmen das Gebäude. Sie sind gekommen, um das Terror-Transparent abzuholen. Dieses äußerst gefährliche Objekt zeichnet sich dadurch aus, dass auf ihm „Afrin halte durch. Türkische Truppen & Deutsche Waffen morden in Rojava. Es lebe die YPJ/ YPG“ geschrieben steht. Wirklich bedrohlich ist es, weil die Buchstaben „YPJ/YPG“ auf rot, gelb, grünen Hintergrund geschrieben sind. So zumindest sieht das die Polizei und will wegen Verstößen gegen das Vereinsgesetz und auf Grundlage von §129a/b ermitteln. Verdächtig wird scheinbar auch eine Familie samt Kindern, die zum Zeitpunkt der Durchsuchung im Haus war. Hauptverantwortlich für die Polizeiaktion ist allem Anschein nach der Staatsschutzbeamte Olaf Hupp, der bereits seit Jahr-zehnten im Wendland für sein aggressives, provokantes und gewaltbereites Auftreten bekannt ist.

Einige Stunden später treffen sich zahlreiche Sympathisant*innen des Gasthofs auf dem Lüchower Marktplatz, wo irgendwer ein Transparent gleichen Inhalts aufgehängt hat. Von diesem Exemplar scheint jedoch keinerlei Bedrohung auszugehen, denn die anwesenden Hundertschaften machen keine Anstalten, das Gefahrgut erneut mit Maschinengewehren sicherzustellen. Stattdessen greifen sie Menschen mit Pfefferspray an, weil diese mit einer Spontandemo gegen die überzogene Polizeiaktion protestieren wollen.

Die Aktion reiht sich ein in zahlreiche Vorfälle, die man getrost als Freundschaftsdienste deutscher Repressionsorgane für Erdogan werten kann. Die Argumentation sieht dabei so aus, dass YPG und YPJ als Nachfolgeorganisationen der in Deutschland verbotenen PKK gewertet werden. So berichtete

der Dachverband kurdischer Organisationen NAV-DEM, ihnen wären mehrere Demonstrationen in Köln verboten worden, da sie als Nachfolgeorganisation der PKK angesehen würden. Eine entsprechende Verfügung des Innenministeriums zur Ausweitung des PKK-Verbots ist bislang nicht bekannt.

Drei Monate später treffen sich in einem Neubaugebiet von Hitzacker (Wendland) einige Menschen zu einem spontanen musikalischen Spaziergang. Entlang der Strecke liegt ein Haus, an dem in großen Buchstaben der Name „Hupp“ geschrieben steht. Einige Leute haben Fahnen der YPG/YPJ dabei und tackern diese an den zum Haus gehörigen Carport. Ein Baumstamm wird kurzerhand zum Fahnenmast umfunktioniert und an einen nahe gelegenen Baum gelehnt. Das Konzert wird von fröhlichen „Hupp Hupp Hurra“ rufen begleitet. Auf einem der Nachbargrundstücke steht eine Familie am Zaun und genießt die gute Stimmung. Nach einiger Zeit taucht ein Streifenwagen auf. Zwei Beamte steigen aus und gehen zum Haus.

Etwa 20 Minuten später ist das Konzert beendet und die Gruppe zieht gemeinsam weiter in Richtung Innenstadt. Doch noch bevor sie den nahe gelegenen Bahnübergang erreichen, rauschen zahlreiche Wannen der BFE1 Oldenburg an. Vermummte, teils mit Knüppeln bewaffnete Bullen, springen aus den noch fahrenden Wannen, brüllen „Hinlegen!“ „Alle auf den Boden!“ und attackieren jede Person, der sie nahe genug kommen. Mehrere Menschen werden am Boden mit Kabelbindern fixiert. Mit dabei ist Olaf Hupp. Klar erkennbar, weil er als einziger nicht vermummt ist. Er tritt und schlägt wie wild um sich, auch auf am Boden fixierte Menschen. Keiner seiner Kollegen greift ein. Einen der Aktivisten bedroht er mit den Worten: „Das werden sie mir büßen“.

Die angegriffenen Personen werden in einem Polizeikessel zusammen getrieben. Mehrere sind verletzt, das Gesicht einer Person ist blutüberströmt, ein Bulle hat ihr die Nase gebrochen. Nach und nach treffen Sanitäter, weitere Bullen, Feuerwehr, Rechtsanwälte, ein Journalist und zahlreiche Unterstützer*innen ein. Einzelne Menschen werden teils mit gezielten Schmerzgriffen aus dem Kessel geholt und abgefilmt. Jede Person wird durchsucht und vernommen. Alle verweigern ihre Aussage und legen Widerspruch gegen die Polizeimaßnahmen ein, doch dieser wird in den wenigsten Fällen dokumentiert. Ihnen allen wird vor-geworfen, Land- und Hausfriedensbruch begangen zu haben und die Tat durch „Hupp Hupp Hurra“-Rufe „heroisiert“ zu haben.

Während die Polizeimaßnahmen eher nüchtern verlaufen, ist die Stimmung im Kessel zunehmend ausgelassener. Unter den zahlreichen Unterstützer*innen befindet sich auch die Hitzfrechen Ackerkultur (HACK), die kurzum ein Lied anlässlich der absurden Situation dichtet. Unter freudigem Johlen und

Tanzen der Eingekesselten spielt die HACK ihren Song jedes mal von Neuem, wenn ihnen eine weitere Strophe einfällt. Neben Süßigkeiten, Snacks und Wasser gibt es irgendwann sogar Bier im Kessel. Wenn die Bullen nicht wären und Pinkeln ohne Geleitschutz möglich wäre, könnte das fast ein nettes Konzert sein. Doch die Realität ist wesentlich bitterer: Mehr als fünf Stunden zieht sich die vermutlich illegale Polizeiaktion hin.

Kurz darauf erscheint eine Pressemitteilung der Polizei, die von einer „neuen Qualität der Gewalt“ spricht. Nun bricht eine mediale Hetzkampagne los, angefangen mit dem Artikel in der Lokalzeitung EJZ, der mehrere Falschmeldungen beinhaltet. Focus und Bild titeln mit „60 Vermummte stürmen Grundstück eines Polizisten“ und ähnlichem. Auch die Polizeigewerkschaft nutzt den Vorfall, um ein härteres Polizeigesetz und entschlosseneres Vorgehen gegen politische Straftäter*innen zu fordern. Zahlreiche Politiker melden sich zu Wort, auch Heimatminister Seehofer, der die Meinung vertritt, die Situation sei „kaum noch zu ertragen“. Er kündigt deutliche Konsequenzen und Null-Toleranz an.

Am Pfingstmontag, als die mediale Hetzkampagne noch in vollem Gang ist, veröffentlicht das Medienkollektiv Wendland einen Video-Zuschnitt der Aktion im Internet. Dieser lässt die zahlreichen Politiker, die sich in den vergangenen Tagen als Experten inszeniert hatten, ziemlich dumm aussehen. Es dauert nicht lange bis Zehntausende das Video gesehen haben und zahlreiche Journalist*innen erkennen, dass sie auf eine geschickte Medienaktion von Polizei, konservativen Politikern und Polizeigewerkschaft reingefallen sind. Manche von ihnen scheinen sich in ihrer Ehre als Journalist*innen gekränkt zu fühlen und so pilgern sie in den nächsten Tagen alle nach Meuchefitz: NDR, RTL, Sat1, Spiegel TV. Alle wollen Interviews. In den folgenden Tagen erscheinen immer mehr medien- und polizeikritische Beiträge im Fernsehen und Internet.

Insgesamt zeigt dieser Vorfall einmal mehr, wie entscheidend eine gute mediale Begleitung von Aktionen sein kann. Doch vor allem die Zunahme heftiger Repressionen gegen die kurdische (Soli-) Bewegung ist besorgniserregend. So laufen derzeit beispielsweise mehr als 10 Verfahren gegen den Medienaktivisten Kerem Schamberger, überwiegend weil er Bilder mit kurdischen Symbolen im Internet gepostet hat. Vorläufiger Höhepunkt der Repressionen ist die Razzia beim kurdischen Informationszentrum Civaka Azad am 13. Juni. Die dortige Hausdurchsuchung fand scheinbar ohne richterlichen Beschluss statt.

All dies macht deutlich, dass die deutsche Polizei immer häufiger als eigenständiger politischer Akteur auftritt, sei es auf der Straße, in den etablierten oder den sozialen Medien. Was mit Kavala schon im Vorfeld des G8 Gipfels in Heiligendamm begann, setzt sich heute in zunehmendem Maße fort. Die Polizei setzt eine eigene Agenda durch, ohne dabei auf Fakten oder Gesetze zu achten. Widerstand gegen polizeiliche Willkür ist daher nicht nur legitim, sondern immer dringender notwendig.

Dieser kann durchaus kreativ und humorvoll gestaltet werden, wie der Liedermacher Gerd Schinkel und die Hitzfrecke Ackerkultur mit ihren Songs zeigen. In Meuchefitz plant man zudem, mit „Hupp Hupp Hurra“ T-Shirts die Anti-Repressionskasse aufzufüllen.

Ramona Gärtner (Ya Basta Netz Wendland)

Videos: www.vimeo.com/medienkollektiv
Pressespiegel zu Hitzacker: www.rak-treffen.de
Weitere Infos: www.keinruhigeshinterland.org
Schinkel Song: www.youtu.be/p3A5VWNvQiU



Einladung zum Friedenscamp

„Rheinmetall entwaffnen – Krieg beginnt hier“



Weltweit sind deutsche Waffen am Morden beteiligt. Deutschland liegt bei den Rüstungsexporten auf Platz 4 und in der EU an zweiter Stelle. In den letzten 10 Jahren konnte Rheinmetall ohne großen Aufschrei zu einem der größten Munitionslieferanten der Welt aufsteigen.

Über Tochtergesellschaften im Ausland schafft es Rheinmetall sogar die wenigen bestehenden Rüstungsexportregeln zu umgehen und seine Erzeugnisse auch in Kriegs- und Krisenregionen zu verkaufen. Die Folgen sind profitbringend und blutig zugleich: Im Jemen sterben Menschen durch Bomben, die Rheinmetall in Italien produziert hat. Die Türkei führt mit Leopard-2-Panzern im nord-syrischen Afrin völkerrechtswidrigen Krieg. Die türkische NATO-Armee zerschlägt gesellschaftliche Strukturen, die sich in den letzten Jahren in den Bereichen Frauenbefreiung, Basisdemokratie und Ökologie richtungsweisend organisiert hatten. In Zusammenarbeit mit diesem türkischen Regime strebt Rheinmetall den Bau einer Munitionsfabrik und die Produktion von Panzern in der Türkei an. Rheinmetall baut eine Fabrik für FUCHS-Radpanzer in Algerien. Diese Auflistung lässt sich lange fortsetzen.

Wir wollen nicht weiter zulassen, dass Menschen durch Rüstungsgüter von Rheinmetall sterben.

Auf den ersten Blick wird deutlich, dass das Gerede von Exportkontrollen und Menschen-rechten in der Realität absolut keine Rolle spielt. Die deutsche Politik verteidigt im Ausland keine hohen Werte, sondern lediglich den Absatz deutscher Produkte – Kriegsgerät inbegriffen. Zwar lehnen rund 80% der Bevölkerung Deutschlands diese Waffenexporte ab, doch lassen sich die Verantwortlichen davon wenig beeindrucken.

In der Vergangenheit hat es bereits eine Reihe von Aktivitäten gegen Rheinmetall gegeben, z.B. Camps und Aktionen an dem von Rheinmetall betriebenen Gefechtsübungszentrum (GÜZ) in der Colbitz-Letzlinger Heide und an Rheinmetall Fabriken. Daran wollen wir in diesem Jahr mit einer Demonstration, einem Friedenscamp und vielfältigen Aktionen am Produktionsstandort von Rheinmetall in Unterlüß (Niedersachsen) anknüpfen. Damit setzen wir gemeinsam ein klares Zeichen gegen Rüstungsproduktion und dessen direkte Folgen wie Krieg, Terror, Flucht und Armut.

Mehr Information unter: rheinmetallentwaffnen.noblogs.org

